

Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung

C 21234 ISSN 0940 - 4163



Militär-geschichte im Bild: *Oberleutnant Lutger Hölker – ein Flugunfall*



Zwischen Europa und Asien



Kampf um Bagdad



Am Ende der Welt ...



Stalins Aufrüstung



Diese Ausgabe:

 **Das Amt Blank**



IMPRESSUM

Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Herausgegeben

vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt
durch Oberst Dr. Hans Ehlert und
Oberstleutnant i.G. Dr. Hans-Hubertus
Mack (V.i.S.d.P.)

Produktionsredakteur der aktuellen Ausgabe:

Major Heiner Bröckermann M.A.

Redaktion:

Major Heiner Bröckermann M.A. (hb)
Hauptmann Agilolf Keßelring M.A. (aak)

Bildredaktion:

Dipl.-Phil. Marina Sandig

Redaktionsassistent:

Richard Göbelt, Cand. Phil.

Lektorat:

Dr. Aleksandar-S. Vuletić

Layout/Grafik:

Maurice Woynoski

Anschrift der Redaktion:

Redaktion »Militärgeschichte«
Militärgeschichtliches Forschungsamt
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
Telefon: (03 31) 97 14 -569
Telefax: (03 31) 97 14 -507
Homepage: www. mgfa.de

Technische Herstellung:

MGFA, Schriftleitung

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an diese Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Durch Annahme eines Manuskriptes erwirkt der Herausgeber auch das Recht zur Veröffentlichung, Übersetzung usw. Honorarabrechnung erfolgt jeweils nach Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich Kürzungen eingereicherter Beiträge vor. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Die Redaktion hat keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten, auf die in dieser Zeitschrift durch Angabe eines Link verwiesen wird. Deshalb übernimmt die Redaktion keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in dieser Zeitschrift genannten Seiten und deren Unterseiten. Dieses gilt für alle ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen.

© 2005 für alle Beiträge beim
Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA)
Sollten nicht in allen Fällen die Rechteinhaber ermittelt
worden sein, bitten wir ggf. um Mitteilung.

Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co., Norden

ISSN 0940-4163

Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser!

Nun ist es bald soweit. Die Bundeswehr wird 50. Ab Juni beginnen die offiziellen Feierlichkeiten. Soldaten der ersten Stunde sind schon lange nicht mehr im Dienst und auch die Bundeswehr ist nicht mehr dieselbe wie vor 50 Jahren. Besonders im letzten Jahrzehnt haben sich ihre Aufgaben geändert. Ein befreundeter Reserveoffizier sagte mir vor kurzem sinngemäß: *Die Bundeswehr vor 1990 habe doch in der Erinnerung einen schweren Stand. Damals habe man doch nur »rumgesessen«, heute sei man aber im »Einsatz« und riskiere sein Leben in aller Welt.*

Da wurde ich gleich »westalgisch« und dachte an meinen damaligen Schichtführer aus der Elektronischen Kampfführung. Vor der »Wende« 1989/90 saßen wir in unserem Rotenburger Sondergebäude, kurbelten an Röhrengeräten, hörten den Funkverkehr im Osten ab, und nach Schichtende ging es einfach zum »Schichtfußball« oder nach Hause. Und vor einigen Monaten sah ich ihn in einem Video der Sanitätstruppe. Es zeigte, wie er als ein Opfer des Terroranschlags von Kabul 2003 über seine Erfahrungen berichtete. Das ging mir damals sehr nah. So wird einem anhand seiner persönlichen Biografie wieder deutlich, wie groß die Veränderungen der letzten Jahre waren.

Aber man darf auch den Soldaten der »alten« Bundeswehr den Respekt und die Erinnerung nicht verwehren. Wie viele verloren ihr Leben bei Übungen, die letztlich als unverzichtbarer Teil unserer Konzeption der Friedenserhaltung dienten. Da gab es die Besatzung des U-Boots Hai, die 1966 bis auf einen Kameraden umkam, die 15 jungen Wehrpflichtigen des ersten einberufenen Jahrgangs, die 1957 in der Iller ertranken, die Kameraden der Flugabwehrraketengeschwader, die an den Folgen der Radaremissionen starben oder heute noch leiden, und schließlich auch Piloten wie Ludger Hölker, von dem die Titelgeschichte dieses Heftes berichtet.

Neben Katastrophen gab es natürlich auch persönliche Belastungen vor 1990, aber wenn diese auch damals schwer wogen, erscheinen sie doch heute als Teil der »guten alten Zeit«. Ein Aspekt war dennoch stärker ausgeprägt als heute; man hat zu Zeiten seinen Dienst, ja sogar sich selbst in ganzer Person, überall rechtfertigen müssen. Wie umstritten der Wehrdienst in Teilen der Gesellschaft war, zeigte im Extrem das »Bremer Gelöbnis« 1980. Das Dienen mit der ständigen Gefahr eines Atomkrieges in Deutschland war schließlich nicht einfach, obwohl die persönliche Betroffenheit der Soldaten im Verhältnis zum Ausmaß der Bedrohung wohl gering war.

Die Bundeswehr kann eine lange Erfolgsgeschichte vorweisen. Dafür haben viele Menschen ihre ganze Lebensleistung und nicht wenige auch ihr Leben selbst eingesetzt. Das sollte nicht vergessen werden in der Bewertung der Vergangenheit und bei den anstehenden Feiern. »Entschieden für Frieden« sind Soldaten der Bundeswehr schließlich immer eingetreten.

Eine interessante Lektüre wünscht

Heiner Bröckermann M.A.
Major



Foto: K.-G. Wallers

▲ Vor 20 Jahren undenkbar, heute schon Teil der Bundeswehrgeschichte. Der Einsatz im 1. SFOR-Kontingent 1996/97 in der multinationalen Division Süd-Ost, Mostar (Bosnien- Herzegowina).

Anmerkung in eigener Sache: Dieses Heft 1+2/2005 ist eine erweiterte Doppelausgabe. Dem Heft liegt das Poster »12. November 1955 – Gründungstag der Bundeswehr« bei. Das nächste Heft (Nr. 3) erscheint im Juli 2005.



Dr. **Jan Hoffenaar**, geboren 1960 in Amsterdam, Leiter des Referates Forschung und Publikation, Instituut voor Militaire Geschiedenis (Institut für Militär-geschichte), Den Haag (Niederlande)



Dr. **Dieter Krüger**, geboren 1953 in Konstanz, Wissenschaftlicher Direktor am MGFA, Potsdam



Dipl.-Staatswiss. Dr. **Helmut R. Hammerich**, geboren 1965 in Illertissen, Oberstleutnant und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MGFA, Potsdam



Sascha Ansbacher M.A., geboren 1977 in Augsburg, Oberleutnant im Bataillon für Operative Information 950, Koblenz



Dr. **Gerhard Wettig**, geboren 1934 in Gelnhausen, Forschungsbeauftragter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, Kommen

Inhalt

- **Zwischen Europa und Asien**
Die niederländische Armee im Spannungsfeld von Bündnisverpflichtungen und kolonialem Erbe

4

- **50 Jahre Bundeswehr**
Das Amt Blank und die Planung der Bundeswehr 1950–1955



10

- **»In der Bratpfanne des Teufels«**
Der Kampf um Bagdad im Ersten Weltkrieg

16

- **Am Ende der Welt ...**
Alexander der Große in Afghanistan

20

- **Stalins Aufrüstungsbeschluss und die Entstehung des Warschauer Paktes**

26

- **Service**
Das historische Stichwort: Krawalle am Weserstadion
Das Bremer Gelöbnis vom 6. Mai 1980

30

Medien online/digital

30

32

Lesetipp

34

Ausstellungen

36

Geschichte kompakt

38

- **Militärgeschichte im Bild**
Oberleutnant Ludger Hölker – ein Flugunfall

39



1964 war für die fliegenden Einheiten der Bundeswehr ein pechschwarzes Jahr – bei über 100 Unfällen kamen 36 Personen ums Leben und 55 Luftfahrzeuge wurden zerstört. Oberleutnant Ludger Hölker, Pilot des Jagdbombergeschwaders 32 aus Lechfeld, starb im Alter von 30 Jahren den Fliegertod. Das Titelbild zeigt den Leutnant Ludger Hölker im Februar 1961 vor einer T-33 A während seiner fliegerischen Ausbildung in Lackland AFB, Texas/USA.

Foto: Stadt Bobingen/E. Hölker

Zwischen Europa und Asien

Die niederländische Armee im Spannungsfeld von Bündnisverpflichtungen und kolonialem Erbe

Um die Jahreswende 1948/49 gerieten die Niederlande in Bedrängnis. Sie mussten sich zwischen einem Alleingang in Asien oder einem Bündnis im Westen entscheiden. Was war Grund dafür? In Indonesien (dem damaligen Niederländisch-Indien) waren die Niederlande in einen sich hinschleppenden Dekolonisationskrieg verwickelt, der die Züge eines nahezu aussichtslosen Guerillakriegs angenommen hatte. Europa befand sich aber gleichzeitig mitten im Kalten Krieg, der immer mehr Aufmerksamkeit forderte. Das Zusammenreffen dieser Umstände bereitete den Niederlanden große Schwierigkeiten.

Die Vereinigten Staaten (USA) waren damals die unumstrittene ideologische, wirtschaftliche und militärische Führungsmacht des Westens. Ihre Regierung war zu der Schlussfolgerung gelangt, dass ständige Konflikte zwischen den asiatischen Nationalbewegungen und dem Versuch westlicher Kolonialmächte, ihre Herrschaft über diese Region nach dem Zweiten Weltkrieg wiederherzustellen, die asiatischen Nationalisten in die Arme der Kommunisten treiben würden. Deshalb ließ sie die Niederlande, einen europäischen Bündnispartner, öffentlich im Stich. Sie drohten sogar mit der Einstellung der wirtschaftlichen Marshall-Plan-Hilfe, aber auch mit dem Entzug der Rüstungshilfe, solange die indonesische Frage nicht gelöst sei. Anfangs wehrten sich die Niederlande dagegen heftig. Der niederländische Außenminister Dirk U. Stikker (1897–1979) drohte sogar mit der Nichtunterzeichnung des Nordatlantikvertrags (NATO), wenn die Vereinigten Staaten ihre Ablehnung der niederländischen Indonesienpolitik nicht aufgeben würden. Letzten Endes aber entschied sich die niederländische Regierung für die atlantische Zusammenarbeit und änderte ihre Indonesienpolitik. Am 4. April 1949 unterzeichnete



Instituut voor Militaire Geschiedenis, Den Haag

▲ Einschiffung eines Bataillons Wehrpflichtiger nach Niederländisch-Indien, Rotterdam, 16. Oktober 1946

Stikker in Washington gemeinsam mit anderen Bündnispartnern den Nordatlantikvertrag. Kurze Zeit später wurden Gespräche mit Vertretern der neuen Republik Indonesien aufgenommen, die zur Übertragung der nationalen Souveränität am 27. Dezember desselben Jahres führten. Es war nur ein schwacher Trost, dass die Niederlande den westlichen Teil von Neuguinea behalten durften. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass derselbe Stikker 1961–1964 das Amt des Generalsekretärs der NATO bekleidet hat.

Das zeitliche Zusammenfallen des Beginns des Kalten Krieges und der Dekolonisierung von Indonesien führte in den Niederlanden außer zu politischen auch zu militärischen Problemen. Das Land konnte nicht gleichzeitig starke überseeische Streitkräfte unterhalten und die Verteidigungsanstrengungen in Europa intensivieren. Außerdem waren für den Guerillakrieg in Indonesien völlig andere Truppen, Waffensysteme und Vorbereitungen notwendig als für einen großräumigen konventionellen Einsatz im Bündnisrahmen. Die Niederlande wussten diese beiden Herausforderungen mehr schlecht als recht zu meistern. Vor allem die Landstreitkräfte waren von diesem Interessengegensatz und den damit verbundenen Belastungen betroffen.

»Indië verloren, rampspoed geboren«

Die Neutralitätspolitik, welche die Niederlande mehr als ein Jahrhundert verfolgt hatten, wurde faktisch beendet, als deutsche Truppen im Mai 1940 in die Niederlande einfielen. 1942 wurde Niederländisch-Indien durch japanische Truppen besetzt. Die niederländische Exilregierung in London und ihre wenigen hundert Soldaten dort gelangten auf Grund der schnellen Niederlage zu der Auffassung, dass das Land künftig – nach der Befreiung von der deutschen Besatzung – zu Verteidigungszwecken bereits im Frieden westlichen Bündnissen beitreten müsse. Die Politiker erstellten Konzepte für solche Allianzen und die Offiziere legten ehrgeizige Pläne für den Wiederaufbau der niederländischen Streitkräfte vor. Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 und insbesondere

nach der japanischen Kapitulation im August desselben Jahres konnten die Marine und die Luftwaffe ungestört damit beginnen, die entworfenen Pläne in die Praxis umzusetzen.

Dagegen wurde das Heer mit mannigfaltigen Schwierigkeiten konfrontiert. Das Heer setzte sich aus mehreren Gruppen mit unterschiedlicher Kriegs-

schaftlich begründete Losung: »Indië verloren, rampspoed geboren« (»Ostindien verloren, Elend geboren«) schien einen nicht geringen Kern von Wahrheit zu enthalten. Die Niederlande mussten den Kampf um ihre Herrschaft in Asien aber völlig allein meistern. Großbritannien, das das Kommando über den größten Teil Indonesiens am Tag der



Instituut voor Militaire Geschiedenis, Den Haag

▲ Niederländische Soldaten befragen indonesische Einwohner

erfahrung und jeweils eigenen Vorstellungen über die Zukunft zusammen: aus Berufssoldaten, die aus deutscher Kriegsgefangenschaft heimgekehrt waren, sowie aus Soldaten, welche die Kriegsjahre in Großbritannien verbracht hatten, und aus Mitgliedern des Widerstandes, die sich nach der Befreiung der südlichen Niederlande im September 1944 für den weiteren Kampf in Europa, die Besetzung Deutschlands und die Befreiung von Niederländisch-Indien von der japanischen Besatzung gemeldet hatten. Es gab aber wenig Zeit, den militärischen Neuanfang langfristig zu planen. Am 15. August 1945 kapitulierte Japan wider Erwarten schnell und bereits zwei Tage später proklamierten Ahmed Soekarno (1901–1970) und Mohammed Hatta (1902–1980) die Unabhängigkeit der Republik Indonesien.

Die indonesische Republik war in den Augen der Niederlande ein Produkt japanischer Macht und es galt, die Nationalisten schnell wieder »zur Ordnung« zu rufen. Die Wiederherstellung der niederländischen Herrschaft sei ohnehin notwendig, denn die wirt-

Kapitulation Japans gemäß dem Potsdamer Abkommen erhalten hatte, war bereits mit den Problemen in den eigenen asiatischen Kolonien überfordert. Es befanden sich auch zu wenig britische Truppen in der Region, um militärisch effektiv gegen Aufstandsbewegungen vorzugehen, sofern diese Absicht überhaupt bestand. Stattdessen versuchte Großbritannien, Konfrontationen zu vermeiden und sich so schnell wie möglich aus dem »Wespennest« Indonesien zurückzuziehen.

Wieder in den Krieg

Auch die niederländische Kolonialarmee war fürs Erste nicht in der Lage, die Herrschaft wiederherzustellen. Sie war nur noch kleiner Rest der Kolonialarmee aus der Vorkriegszeit; wenigen Soldaten war es im März 1942 gelungen, vor den Japanern nach Australien zu fliehen, während die meisten die Kriegsjahre unter erbärmlichen Umständen in japanischer Kriegsgefangenschaft verbringen mussten. Daher mussten neu rekrutierte Soldaten aus den Niederlanden zum

Pragmatische Wehregänzung

Die niederländische Regierung beschloss Ende 1945, einen neuen Jahrgang Wehrpflichtiger einzuberufen und als Division nach Indonesien zu entsenden. Ein in seiner Art einzigartiger Beschluss. Nach dem Grundgesetz war es nämlich nicht erlaubt, Wehrpflichtige ohne ihre Einwilligung in überseeischen Gebieten einzusetzen. Die rechtliche Grundlage des Beschlusses war schwach, aber eine große Mehrheit des Parlaments unterstützte die Regierung und war bereit, mittels verschiedener (teilweise nachträglich vorgenommener) Kunstgriffe die Entsendung auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Nach dieser ersten Division, die sich im September 1946 nach Ostindien einschiffte, sollten noch viele Wehrpflichtige folgen. Insgesamt stellten die Niederlande Truppen in einer Stärke von 200 000 Mann auf. 135 000 von ihnen kamen direkt aus den Niederlanden: 30 000 Kriegsfreiwillige, 95 000 Wehrpflichtige und 10 000 Marineinfanteristen (welche dieselben Aufgaben zu erfüllen hatten wie die Landstreitkräfte). Die Kolonialarmee erreichte eine Stärke von etwa 65 000 Mann.

Die Entscheidung, junge Wehrpflichtige einzuberufen, sie als Division aufzustellen und zu entsenden, wurde auch von dem Wunsch getragen, auf diese Weise mit einem einigermaßen »normalen« Heeresaufbau für die europäische Verteidigung zu beginnen. Auch die zweite Division war noch ganz auf einen Krieg mit modernen Mitteln zugeschnitten. Beide Divisionen verfügten zum Beispiel über Panzerabwehr- und Flugabwehrwaffen, während der Feind in Indonesien kaum mit Panzern und Flugzeugen ausgestattet war. Die einzige Anpassung an die örtlichen Umstände bestand darin, dass mit der zweiten Division keine Artillerie entsandt wurde.

Institut voor Militaire Geschiedenis, Den Haag



▲ Niederländische Soldaten ziehen während der zweiten großen Militäroperation in einen Ort auf Zentraljava ein, 1948

Einsatz kommen. Um das zu gewährleisten, verzichtete man auf eine Beteiligung niederländischer Soldaten an der Besetzung Deutschlands. Fast 30 000 so genannte Kriegsfreiwillige wurden nach Indonesien geschickt, die von den Briten übrigens erst im März 1946 auf indonesisches Hoheitsgebiet gelassen wurden. Nach dem ersten großen niederländischen militärischen Einsatz im Sommer 1947, als die wichtigsten Plantagen und Erdölfelder sowie viele militärische Schlüsselgebiete besetzt wurden, gerieten die niederländischen Truppen in immer größere Bedrängnis.

Guerillakrieg in Indonesien

Die militärische »Säuberung« der besetzten Gebiete war mit großen Problemen verbunden. Die Armee der indonesischen Republik und die vielen irregulären

Kampfgruppen verlegten sich auf einen Guerillakrieg. Sie wichen großen Kämpfen aus. Statt dessen griffen sie Militärposten und Streifen an und zerstörten Straßen und Brücken. Die niederländischen Streitkräfte sahen sich gezwungen, sich dieser Art der Kampfführung anzupassen. Truppenteile wurden daher in sehr kleine Einheiten aufgegliedert, um eine höhere Folge von Streifengängen zu ermöglichen. Die Divisionsgliederung erwies sich somit für den Einsatz als nicht zweckmäßig. Als größter Verband galt fortan die so genannte Infanteriebrigadegruppe (ein dem Regiment entsprechender Verband), in der alle Waffengattungen vertreten waren. Die Rolle des Nachrichtendienstes und der Fernmelde-, Pionier- und Transporttruppe wurde wichtiger. Außerdem oblagen den Soldaten neben der Vernichtung des Feindes auch Polizei- und sonstige zivile Aufgaben, wie zum Beispiel

Unterstützung beim wirtschaftlichen Aufbau, bei Verwaltungsangelegenheiten und der Rechtspflege. Die Zusammensetzung der dritten Division, die um die Jahreswende 1947/48 auf indonesischem Boden eintraf, war bereits stärker auf diese Umstände ausgerichtet. Sie war nicht als »normale« Infanteriedivision gegliedert, sondern umfasste 15 selbstständige Infanteriebataillone sowie vier Transportkompanien und weitere kleinere Einheiten. Später wurden ausschließlich nur noch selbstständige Infanteriebrigaden nach Indonesien eingeschifft, die jeweils aus sechs Infanteriebataillonen mit Unterstützungstruppen bestanden.

Die Zeit arbeitete für die Republik

Vom Jahre 1948 an wirkte sich der Faktor Zeit zugunsten der indonesischen Republik aus. Ihr wurde eine immer größere internationale Unterstützung zuteil. Die Niederlande dagegen waren immer weniger in der Lage, den Kampf fortzuführen; nicht zuletzt die Finanzierung des Krieges wurde immer schwieriger. Außerdem war es der niederländischen Öffentlichkeit nicht zu vermitteln, so viele junge Männer noch länger von ihrer Familie zu trennen und von ihrem Arbeitsplatz fernzuhalten. Die Soldaten hielten sich durchschnittlich drei Jahre in Indonesien auf.

Ende 1948 unternahmen die Niederlande eine zweite große militärische Operation, die im Grunde aber eine Verzweigungsoffensive war. Die poli-

tische Führungselite der Republik Indonesien wurde gefangengenommen. Das geschah u.a. durch den Einsatz von Fallschirmjägern. Darüber hinaus konnten aber nur wenige Erfolge verzeichnet werden. Die indonesische Heeresführung war entkommen, der Vormarsch verlief äußerst mühsam und die »Säuberung« von Gebieten scheiterte. Und wie bereits erwähnt, gerieten die Niederlande international noch weiter in die Isolation. Die niederländischen Soldaten waren zutiefst desillusioniert. Der Guerillakrieg der Unabhängigkeitsbewegung und deren Bekämpfung wurden immer brutaler; meistens traf die Gewalt die Zivilbevölkerung. Spezialtruppen und Nachrichtendienstgruppen wandten oft harte Methoden an, um Informationen über den Feind zu erhalten. Bezeichnend für die Spirale der Gewalt sind die Verlustzahlen. 1162 der insgesamt 2526 während des Konfliktes gefallenen niederländischen Soldaten starben in den sieben Monaten nach der zweiten großen Operation. Weitere 2225 Soldaten starben während des Konfliktes infolge von Krankheiten oder Unfällen. Diese Zahlen verblassen jedoch neben den über 100 000 gefallenen oder auf andere Weise ums Leben gekommenen Indonesiern.

Verzögerter Heeresaufbau in Europa

Der Entkolonialisierungskampf in Indonesien hatte erhebliche Folgen für den Aufbau der niederländischen Streitkräfte im eigenen Land. Die Niederlande hatten alles auf die ostindische Karte gesetzt. Bis 1949 gab es im Mutterland nur wenige territoriale Truppen, die im Kriegsfall die Evakuierung der Regierung und sonstiger wichtiger Persönlichkeiten sichern konnten. Ansonsten war das Heer vor allem ein Ausbildungszentrum, in dem Rekruten in kürzester Zeit für den Übersee-Einsatz vorbereitet wurden. Dabei versuchte die Heeresführung den Aufbau des künftigen Heeres nicht aus den Augen zu verlieren. Dieser Vorsatz geriet jedoch im Laufe des Konfliktes immer weiter in den Hintergrund. So blieb die Aufstellung von Panzertruppen und unterstützender Truppengattungen immer weiter hin-

ter den Erfordernissen einer Kriegsführung auf dem europäischen Kontinent zurück. Auch der Beginn der neuen Ausbildung verzögerte sich erheblich. Zudem konnten die von den Soldaten in Indonesien gesammelten Erfahrungen nur begrenzt für einen Krieg in Europa genutzt werden. Somit konnte von einem regulären Truppenaufbau kaum die Rede sein. Vorhandene Geräte und Mannschaften waren nicht einsatzfähig. Ein neuer Ansatz war also notwendig.

Und der musste schnell erfolgen. Im Januar 1949 forderte der britische Feldmarschall Bernard L. Montgomery (1887–1976) die niederländische Regie-

Jahres 1950 heimwärts verlegt wurde, konnte die Aufmerksamkeit wieder völlig auf den Aufbau der niederländischen Streitkräfte im Rahmen der Bündnisverteidigung gerichtet werden.

Europa im Fokus

Es herrschte dabei alles andere als völlige Übereinstimmung zwischen den verantwortlichen Politikern und Militärs. So betrachtete Ministerpräsident Willem (»Vadertje«) Drees (1886–1988) den niederländischen militärischen Beitrag vor allem als eine »Versicherungsprämie« für eine ständige amerika-



Instituut voor Militaire Geschiedenis, Den Haag

▲ Soldaten der ersten nach NL-Indien entsandten Division nehmen auf dem Ehrenfriedhof Menteng Poelo von ihren gefallenen Kriegskameraden Abschied, Batavia (Jakarta), 16. September 1949

zung auf, bis Ende 1950 drei Divisionen aufzustellen, darunter eine präsente. »Monty« war Vorsitzender des Komitees der Oberbefehlshaber des Brüsseler Pakts (ab 1954 Westeuropäische Union, WEU), der Sicherheitsorganisation, die auf der Grundlage des am 17. März 1948 unterzeichneten Brüsseler Vertrages gegründet worden war und als Vorläuferin der ein Jahr später gegründeten NATO betrachtet werden kann. Montgomery sah sich zu dieser Forderung angesichts der zunehmenden politischen und militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion veranlasst. Obwohl man auch auf niederländischer Seite die Bedrohung erkannte, räumte man damals noch dem Konflikt in Indonesien den absoluten Vorrang ein. Erst als der Kampf dort beendet war, die Niederlande die Unabhängigkeit Indonesiens anerkannt hatten und der größte Teil der Truppen in den ersten Monaten des

nische Beteiligung an der Sicherheit Europas. Er hoffte aber auch nach dem Verlust Indonesiens mehr Geld für andere staatliche Aufgaben verwenden zu können, wie zum Beispiel für die Linderung der weit verbreiteten Wohnungsnot. Die militärische Führung ging dagegen von rein militärischen Gesichtspunkten aus. Was Montgomery forderte, war ihrer Meinung nach nur der Anfang eines langfristigen und größeren Ausbaus der niederländischen Streitkräfte. Die Generale spürten den Wind im Rücken, als im Juni 1950 Truppen des kommunistischen Nordkoreas in das amerikanisch orientierte Südkorea einfielen. Die USA übten auf ihre Bündnispartner Druck aus, nicht länger zu zaudern und ihre Verteidigungsanstrengungen drastisch zu erhöhen. In den Niederlanden ließ sich hierüber nur sehr mühsam – mühsamer als in den meisten anderen Ländern – ein Konsens erreichen. Längst

nicht alle Politiker waren anfangs von der Notwendigkeit einer drastischen Erhöhung des Verteidigungsbudgets, einer Vergrößerung des einzuberufenden Kontingents an Wehrpflichtigen und einer Verlängerung des Wehrdienstes überzeugt. Hinzu kam, dass man parteiübergreifend nicht viel von den organisatorischen Qualitäten der Heeresführung hielt. Insbesondere der Chef des Generalstabes, General Hendrik J. Kruls (1902–1975), stand dabei unter Beschuss. Die Auseinandersetzungen zwischen diesem General und dem Ministerpräsidenten Drees, ein Konflikt, in dem auch persönliche Beziehungen eine Rolle spielten, machten damals Schlagzeilen.

In den ersten Monaten des Jahres 1951 fanden die politischen Diskussionen über die Aufgaben der niederländischen Marine und den Aufbau des Heeres ein Ende. Die erste Hürde

Die Verteidigungsdebatte in den Niederlanden

In der Verteidigungsdebatte ging es nicht nur um die Struktur des niederländischen Heeres. Der gesamte militärische Beitrag zum Bündnis stand zur Diskussion, also auch der Beitrag der Luftwaffe und insbesondere der Marine. Die USA und Großbritannien hatten schwerwiegende Bedenken gegen eine bedeutende Rolle der niederländischen Marine im Atlantik, den sie im Grunde als ihren eigenen Operationsraum betrachteten. Die niederländische Marine sollte sich deren Ansicht nach besser auf den Schutz der Küstengewässer und die dortige Minenräumung beschränken. Die Königlich-Niederländische Marine, die nach dem Abzug aus Indonesien ihre wichtigste Aufgabe verloren hatte, sträubte sich mit Händen und Füßen gegen diese Ansicht. Sie wollte ihre ehrgeizigen Aufbaupläne durchsetzen. Die Niederlande hätten ja immer noch weltweite Interessen (Handelswege, Neuguinea, Surinam, die niederländischen Antillen), die von der Marine zu schützen seien. Über die Luftwaffe gab es kaum Meinungsverschiedenheiten. Sie trug, wie die Landstreitkräfte auch, unmittelbar zum Schutz des alliierten Hoheitsgebietes bei und wurde daher als lebenswichtig betrachtet.



Instituut voor Militaire Geschiedenis, Den Haag

▲ Infanteriesoldaten im Laufschrift während der ersten großen Wehrübung im April 1951

nahm man, indem der in internationalen militärischen Kreisen geschätzte General Kruls ehrenvoll in den Ruhestand verabschiedet wurde. Anschließend erfolgte eine schnelle politische Einigung über eine (fast) hundertprozentige Erhöhung des Verteidigungshaushaltes. Auf diese Weise entstand für alle Teilstreitkräfte genügend finanzieller Spielraum, um ihre weitreichenden Pläne, wenn auch mit geringfügigen Abstrichen, zu realisieren. Die Luftwaffe entwickelte sich zu einer vollwertigen Teilstreitkraft und das Heer konnte den langfristigen Aufbau der Landstreitkräfte in Angriff nehmen. Auch die niederländische Marine war zufrieden. Ihre Pläne für den Aufbau einer umfangreichen Flotte hatten genügend positiven Widerhall gefunden.

Die Niederlande stellten diese Flotte anschließend unter anderem für Begleitschutzaufgaben im Atlantik und in der Nordsee zur Verfügung. Da die NATO von den Kräften und Mitteln, welche die Mitgliedstaaten für die kollektive Verteidigung bereitstellten, abhängig war, konnten die Bündnispartner in dem Augenblick wenig anders als dieses maritime Angebot akzeptieren. In den darauf folgenden Jahren stellte sich bald heraus, dass sie dies nicht zu bereuen brauchten. Die niederländische Marine erwies sich als äußerst professioneller Partner.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sowohl der militärische Einsatz in

Indonesien als auch die intensive politische Debatte über die Zukunft der Streitkräfte die Arbeiten am Aufbau selbst verzögerten.

Anfangsschwierigkeiten

Die Verzögerung durch den Krieg in Indonesien war nicht die einzige Ursache für die Probleme beim Aufbau der niederländischen Landstreitkräfte. Es gab mehrere Faktoren, die eine Rolle spielten. So waren die Berufsoffiziere und -unteroffiziere, die den Kern der künftigen Armee bilden sollten, in Bezug auf ihre militärischen Fachkenntnisse stark in Rückstand geraten. Die Masse von Ihnen blieb kriegsbedingt von 1940 bis 1945 zur Untätigkeit gezwungen. Anschließend hatten die meisten Berufssoldaten zwar eine kurze Ausbildung in Großbritannien durchlaufen, aber danach hatte die Mehrzahl von ihnen Überstunden leisten müssen, um die Ausbildung und Entsendung der Wehrpflichtigen in die richtige Bahn zu lenken. Daher hatte es ihnen an Zeit gefehlt, sich gründlich über die moderne Kampfführung zu informieren, geschweige denn Erfahrungen in dieser Hinsicht zu sammeln. Ein erschwerender Faktor war, dass sich das Heer gerade in jenen Jahren von der britischen auf die amerikanische Struktur umstellte, was bedeutende Konsequenzen nach sich zog. Dies hing mit den amerikanischen

Waffenlieferungen zusammen, die jetzt richtig in Gang kamen. Das Führungspersonal musste sich sehr schnell und oft improvisierend in neue Verfahren, Vorschriften und Waffensysteme einarbeiten und sein Wissen anschließend für Einweisungen und Übungen einsetzen. Zu den ersten Soldaten, die mit amerikanischem Gerät ausgerüstet wurden, gehörten die Freiwilligen – unter ihnen viele »Ostindien-Veteranen« – des Bataillons, das sich im Herbst 1950 im Rahmen der Vereinten Nationen nach Korea einschiffte. Sie mussten unterwegs an Bord des Schiffes in die neuen Waffen eingewiesen werden.

Innerhalb der NATO war man anfangs von den militärischen Fortschritten in den Niederlanden wenig begeistert. Die Übungen kamen nur mühsam in Gang, während die Lieferungen von Gerät häufig verzögert wurden. Die Aufstellung ausreichend trainierter und einsatzbereiter Truppen verlief zu langsam. Um doch noch kurzfristig über einsatzbereite Truppen zu verfügen, wurden auch »Ostindien-Veteranen« zu Wehrübungen eingezogen, was bei vielen Betroffenen mit Verweis auf den schon geleisteten Kampfeinsatz auf Unverständnis stieß. Dennoch ging der Aufbau rasch voran. Dies war unter anderem den amerikanischen und britischen Soldaten der *SHAPE Training Mission* des Alliierten Oberkommandos zu verdanken, die in Ausbildungstruppen und großen Führungsstäben eingegliedert waren. Die zunehmende Anerkennung der Leistungen der niederländischen Truppen schmälerte jedoch die Kritik der Bündnispartner an der Wehrstruktur nicht. Insbesondere die britische und amerikanische Seite vertraten die Ansicht, dass zu wenig präsenste und zu viel Mobilmachungstruppenteile aufgestellt wurden. Diese Kritik war unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Mobilmachungstruppen in den USA und Großbritannien einen völlig anderen Status besaßen als auf dem europäischen Festland. Die angloamerikanischen Mitgliedstaaten stellten außerdem die große Zahl territorialer Truppen (Heimatschutzverbände) in Frage. Die Niederländer verteidigten ihre Entscheidung dadurch, dass sie auf die Fähigkeit von feindlichen Luftlandetruppen zu handstreichartigen

Überfällen hinwiesen, mit denen sie in den Maitagen des Jahres 1940 beim deutschen Überfall bittere Erfahrungen gemacht hatten.

Partner in Europa

Ab Mitte der fünfziger Jahre war das neue Heer solide aufgestellt. Die Aufbauphase wurde abgeschlossen und es begann eine Zeit der Konsolidierung und des Übergangs zur Mechanisierung und zur Einführung nuklearer Trägersysteme (ähnlich dem Verfahren in der Bundeswehr) der Streitkräfte. Außerdem erfolgte seitens der NATO 1958 der erste Schritt auf dem Weg zu einer Strategie der Vorverteidigung. Die Hauptverteidigungslinie im Bereich Europa-Mitte der NATO wurde von der quer durch die Niederlande verlaufenden Rhein-Ijssel-Linie zur Weser-Fulda-Linie verschoben. Die Niederlande lagen dadurch im Falle eines Krieges nicht mehr in der vordersten Frontlinie. Im Jahre 1963 verlagerte man die Linie weiter östlich. Sie fiel dadurch mit der innerdeutschen Grenze zusammen.

Unterdessen wurden die Niederlande beinahe in einen neuen Krieg um Niederländisch-Neuguinea verwickelt. Sie übertrugen aber, erneut unter schwerem internationalem Druck, 1962 die Herrschaft über die einzige ihnen im Osten Indonesiens verbliebene Kolonie an die Vereinten Nationen. Die niederländischen Streitkräfte, auch die Marine, konnten sich von diesem Augenblick an fast völlig auf ihre NATO-Aufgaben konzentrieren. Im Jahre 1975 wurde mit Surinam eine weitere niederländische Kolonie unabhängig. Die militärischen Folgen dieses Ereignisses waren gering, da nur wenige Truppen in Surinam stationiert gewesen waren. Heute stellen die niederländischen Antillen (Saba, St. Eustatius, Teile von St. Maarten, Bonaire, Curaçao und Aruba) das einzige niederländische Kolonialerbe dar. Zwischen dem Schutz dieser sechs kleinen Inseln und ihren Bündnisverpflichtungen ergibt sich für die niederländischen Streitkräfte jedoch kein Spannungsfeld.

■ Jan Hoffenaar



I. (GE/NL) Corps, Public Information Office

▶ Seit dem 30. August 1995 dienen Deutsche und Niederländer gemeinsam im I. (Deutsch-Niederländischen) Korps, Münster. Dabei bringen sie nicht nur Menschen und Material, sondern auch eine nicht immer einfache Geschichte ein. Der lateinische Wahlspruch (»Gemeinsam sind wir stark.«) und das Münsteraner Sendeschwert stehen für einen starken Großverband unter dem Zeichen von Frieden und Zusammenarbeit.



▶ Niederländische motorisierte Truppen in Beckum (NRW) während der NATO-Übung »Hold Fast«, September 1952



▶ Aufnahmen während der Mobilmachungsübung »Drietand«, August 1953.

Das Amt Blank und die Planung der Bundeswehr 1950–1955



Bundesarchiv-Bildarchiv/Bild 146-1968-013-06

▲
Flaggenhissung vor der Bonner Ermekeil-Kaserne (Dienststelle Blank) am 5. Mai 1955 anlässlich des Inkrafttretens der Pariser Verträge.

▶
Flaggengruß (erste Reihe vorn v.l.n.r.: Loosch, Wirmer, Blank, Holz, Heusinger)



Bundesarchiv-Bildarchiv/Bild 146-1968-013-07

Am 24. Mai 1950 berief Bundeskanzler Konrad Adenauer den ehemaligen General der Panzertruppen Gerhard Graf von Schwerin (1899–1980) zu seinem Sicherheitsberater, obwohl die Besatzungsmächte der jungen Bundesrepublik jegliche Wiederbewaffnung gesetzlich untersagt hatten. In der deutschen Öffentlichkeit rechnete zu diesem Zeitpunkt fast niemand mit der Aufstellung von Streitkräften; im übrigen hielt das auch kaum jemand für wünschenswert. Seit 1947 war jedoch bei Briten und Amerikanern die Einsicht gewachsen, dass Westeuropa ohne das wirtschaftliche und militärische Potential Westdeutschlands nicht zu stabilisieren war. 1949 hatten die Vereinigten Staaten, Kanada und die meisten Staaten Westeuropas die NATO genau mit dieser Zielsetzung gegründet, nämlich

sich dem politischen und militärischen Druck der Sowjetunion zu widersetzen.

Mit einer Mixtur aus Andeutungen, Forderungen und Dementis versuchte Adenauer sich in die sicherheitspolitischen Überlegungen des Bündnisses einzuschalten. Denn nur gemeinsam mit Amerikanern, Briten und Franzosen konnte der Bundeskanzler verhindern, dass Westdeutschland in den sowjetischen Einflussbereich abdriftete. Und nur mit ihrer Hilfe vermochte er seinen Staat als gleichberechtigtes Mitglied in einem westeuropäischen Wirtschafts- und Sicherheitssystem zu verankern.

Kurz bevor am 25. Juni 1950 Verbände des kommunistischen Nordkorea Südkorea angriffen, begann Schwerin mit Vertretern der Besatzungsmächte über eine »Bundesgendarmarie« als Grundstock künftiger Streitkräfte zu verhandeln.

Der Koreakrieg gab Schwerin zunächst Rückenwind, lag doch eine parallele Aktion im ebenfalls geteilten Deutschland nahe. Im Laufe des Sommers baute er einen Arbeitsstab auf. Am 18. Oktober 1950 wurde Johann Graf Kielmansegg (geb. 1906) hinzugezogen, ein ehemaliger Angehöriger der Operationsabteilung des einstigen Oberkommandos des Heeres (OKH). Er hatte die nach dem Tagungsort in der Eifel benannte »Himmeroder Konferenz« vom 6. bis 9. Oktober 1950 organisiert. Mit Wissen der Besatzungsmächte, aber vor der Öffentlichkeit geheimgehalten, hatten dort hohe Offiziere der ehemaligen Wehrmacht die Grundsätze eines deutschen Beitrages zur Verteidigung Westeuropas entworfen. Sie liefen auf zwölf national homogene moderne Panzerdivisionen hinaus und enthielten bereits Grundgedanken

zur künftigen Menschenführung, die später als »Innere Führung« bekannt werden sollten.

Bereits am 30. Oktober 1950 entließ Adenauer Graf Schwerin und die meisten seiner Mitarbeiter. Anlass bot der Versuch Schwerins, in einer vertraulichen Konferenz die Unterstützung der Presse zu suchen. Zwischenzeitlich hatten die Alliierten den Gedanken einer Gendarmerie zugunsten westdeutscher Streitkräfte fallen gelassen, die nur in langfristiger Perspektive aufgestellt werden konnten. Der Bundeskanzler nutzte mit der Entlassung Schwerins die Gunst der Stunde, um den von ihm wenig geschätzten, aber offensichtlich zusehends gebrauchten Offizieren deutlich den Vorrang der zivilen politischen Führung gegenüber dem Militär vor Augen zu führen. Wenig später, am 17. Oktober 1950, stellte Adenauer dem Kabinett Theodor Blank (siehe Kasten) als seinen künftigen Sicherheitsberater vor. Die Abneigung gegen Soldaten im allgemeinen und die Wehrpflicht im besonderen war bei jungen Leuten wie in der Arbeiterschaft besonders ausgeprägt. Da kam Adenauer der verhältnismäßig junge Politiker und Gewerkschafter gerade recht, zumal er von Blanks absoluter Loyalität überzeugt war. Adenauer glaubte auch, Blank werde das Primat der Politik gegenüber den Militärs durchsetzen.

EVG – Mit Umwegen zur NATO

Vom Januar bis Juni 1951 verhandelte Blank mit den Alliierten über ein deutsches NATO-Kontingent. Neben Kielmansegg zog er die ehemaligen hohen Generalstabsoffiziere Dr. Hans Speidel (1897–1984) und Adolf Heusinger (1897–1982) als Militärexperten hinzu. Die Verhandlungen scheiterten hauptsächlich an der französischen Ablehnung eines nationalen deutschen NATO-Kontingentes. Freilich erkannte man auch in Paris, dass die im Vergleich zur Roten Armee schwachen Kräfte der Allianz dringend deutscher Verstärkung bedurften. Daher hatte der französische Ministerpräsident René Plevin bereits am 26. Oktober 1950 eine integrierte westeuropäische Streitmacht unter einheitlichem Kommando vorgeschlagen. Frankreich wollte zu

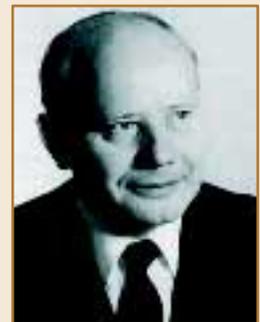


Bundesarchiv-Bildarchiv

▲ v.l.: Heusinger, Speidel und Kielmansegg im Amt Blank. Erst am 12. November 1955 wurden mit ihnen die ersten deutschen Soldaten ernannt und eingekleidet. So traten im Pariser Oberkommando der NATO die ersten deutschen Soldaten unter Führung von Kielmansegg in Zivil an.

Theodor Blank

Theodor Blank wurde am 19. September 1905 in Elz bei Limburg geboren. Der gelernte Modellschreiner gehörte seit seiner Jugend den Christlichen Gewerkschaften an, zuletzt als hauptamtlicher Sekretär. Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 studierte Blank und arbeitete dann als Technischer Angestellter. Am Zweiten Weltkrieg nahm er als Technischer Inspektor des Nachrichtenregiments einer Panzerdivision teil. 1946 gehörte Blank zu den Gründern der CDU in Dortmund. Als Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft arbeitete er am Aufbau der neuen Einheitsgewerkschaften mit. 1948 wurde er Dritter Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft. 1949 zog er für die CDU in den ersten Bundestag. Konrad Adenauer berief Blank 1950 zum »Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen«. Im Sommer 1951 übertrug er ihm zusätzlich die Leitung der deutschen Delegation bei den EVG-Verhandlungen in Paris. Der diplomatisch unerfahrene Blank trat nach außen und insbesondere den Franzosen gegenüber sehr erfolgreich auf. Im Bonner Machtgefüge war seine Stellung dagegen unsicher. Er war zunächst kaum mehr als ein herausgehobener Mitarbeiter des Bundeskanzlers. Der Bundestag konnte ihn nicht vor seine Bänke zitieren. Er durfte im Plenum nicht das Wort zu Angelegenheiten seiner Dienststelle ergreifen, obwohl diese bald die Ausmaße eines Ministeriums annahm. Folgerichtig blieb Blanks Position gegenüber den mächtigen Bundesministerien eher schwach. Nur widerstrebend ernannte Adenauer seinen Beauftragten am 7. Juni 1955 zum ersten Verteidigungsminister der Bundesrepublik. Blank hatte sich inzwischen politisch wie physisch verschlissen. An ihm hing der Ruch der gescheiterten EVG, für die er sich in steter Loyalität zu Adenauer wie kein anderer Politiker eingesetzt hatte. Im Herbst 1956 übernahm er mit seinem Rücktritt die Verantwortung für das Scheitern einer auf Grund der politischen Vorgaben unrealistischen Aufstellungsplanung. Die politische Pause außerhalb der Regierung währte jedoch nicht lange. Nach dem dritten Wahlsieg Adenauers 1957 gehörte Blank dem Bundeskabinett bis 1965 als Minister für Arbeits- und Sozialordnung an. Er engagierte sich für eine staatliche Sozialpolitik in Verbindung mit sozialer Eigenverantwortung. Mitglied des Bundestages blieb er bis kurz vor seinem Tod. Blank starb am 14. Mai 1972 in Bonn.



selbständigem Handeln befähigte militärische Großverbände der Deutschen ebenso vermeiden wie deren Mitgliedschaft in der NATO.

Weder der Bundeskanzler noch die Regierungen in London und Washington waren von diesem Vorschlag begeistert. Folgerichtig beteiligte sich die Bundesrepublik zunächst nur hinsichtlich an den Verhandlungen über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die am 15. Februar 1951 begannen und an denen außerdem Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande sowie Luxemburg teilnahmen. Im Sommer des Jahres wurde offenkundig, dass Paris und Bonn nur im Rahmen der EVG unter einer sicherheitspolitischen Hut zu bringen waren. Jetzt wandelten sich sowohl der

Bundeskanzler wie die US-Amerikaner – diese sollten den Löwenanteil der Waffen und Ausrüstung für die neuen deutschen Streitkräfte liefern – zu eifrigen Unterstützern der EVG. Blank gelang es während der Verhandlungen, die schlimmsten Diskriminierungen des Pleven-Planes, unter anderem die Schaffung homogener deutscher Verbände nur bis Bataillonsebene, wegzuverhandeln.

Am 27. Mai 1952 konnte der EVG-Vertrag von den Regierungen unterzeichnet werden. Er sah eine der heutigen Europäischen Union ähnliche Verfassung (mit kollektivem Kommissariat, Ministerrat und gemeinsamen Militärstab) vor. Die EVG sollte die integrierte Europaarmee verwalten, der neben Verbänden der anderen Mitglie-



Bundesarchiv-Bildarchiv

▲ Ernst Wirmer im Amt Blank 1953

Vom »Amt Blank« zum »Bundesministerium für Verteidigung«

Seit Ende 1950 richtete Blank in der Bonner »Ermekeil«-Kaserne seine Dienststelle als Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen ein. Anstelle ihrer langatmigen Bezeichnung setzte sich rasch »Amt Blank« durch. Als ersten Gehilfen entsandte Adenauer seinen einstigen persönlichen Referenten Ernst Wirmer. Anfang 1951 trat Wolfgang Holtz, ein Angehöriger der ehemaligen Reichsministerialbürokratie, Blank als Stellvertreter zur Seite. Im Herbst 1951 bestand das Amt Blank aus zwei Verwaltungsabteilungen und einer militärpolitischen Planungsgruppe. Die militärische Planungsgruppe unterstand bezeichnenderweise der Verwaltungsabteilung unter Wirmer. Durch die Bündelung von fachneutralen und Fachverwaltungsaufgaben konnte er seinen Einfluss auch in militärischen Fragen geltend machen. Gegen die Vorstellungen der meisten Militärs und auch einiger Beamter setzte Wirmer die Wehrverwaltung als selbständige zivile Säule neben der Truppe durch. Sie sollte einer denkbaren Verselbständigung des Militärs durch die Kontrolle ihrer Finanzen entgegenwirken und somit das gewollte Primat der Politik durchsetzen helfen.

Das Übergewicht der nicht-militärischen Organisationseinheiten im Aufbau des Amtes auch in den folgenden Jahren war sichtbarer Ausdruck des Vorrangs der Politik gegenüber dem Militär. Denn Holtz, Wirmer und deren engere Mitarbeiter interpretierten das Primat der Politik – mit vermeintlichem oder tatsächlichem Einverständnis des Bundeskanzlers – vor allem als Vorrang der zivilen Beamten gegenüber den Soldaten. Diese waren mit Angestelltenverträgen, häufig zunächst sogar nur mit Werk- und Zeitverträgen eingestellt worden. Daher fühlten sich die Soldaten schon hinsichtlich ihres Status gegenüber den Beamten benachteiligt. Angesichts der Ungewissheit deutscher Streitkräfte zögerte das Bundesfinanzministerium jedoch mit der Einrichtung fester Planstellen für militärische Angestellte. Erst im Sommer 1952 wurde eine eigene militärische Abteilung eingerichtet. Deren Leitung übernahm Generalleutnant a.D. Adolf Heusinger, von 1940 bis 1944 Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres. An die Spitze der Unterabteilung Planung wurde Bogislaw von Bonin berufen, auch er war seinerzeit in der Nachfolge Heusingers Chef der Operationsabteilung im Oberkommando des Heeres. Der Haushalt des Amtes Blank nahm in den Jahren 1952 und 1953 laufend zu und das Personal war im Oktober 1953 auf 831 Köpfe angewachsen. Trotzdem verweigerte der Bundeskanzler seinem Sicherheitsbeauftragten 1953 mit Rücksicht auf die misstrauischen Franzosen ein reguläres Ressort.

Selbst nachdem aus dem Amt Blank im Mai 1955 das Bundesministerium für Verteidigung geworden war, standen der einen militärischen Abteilung die vier zivilen Abteilungen für Verwaltung, Recht, Infrastruktur und Verteidigungswirtschaft sowie die im Entstehen begriffene Haushaltsabteilung gegenüber. Auch die Außenabteilung Rüstung in Koblenz (das spätere Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung) war eine zivile Abteilung. Nur unter Androhung seines Rücktritts vermochte Heusinger im November 1955 vier eigene militärische Abteilungen (für Streitkräfte, Heer, Luftwaffe und Marine) durchzusetzen, die Vorläufer der heutigen Führungsstäbe. Spidel übernahm die Abteilung Streitkräfte. Die untereinander gleichberechtigten Leiter der militärischen Abteilungen bildeten unter dem Vorsitz Heusingers den Militärischen Führungsrat. Das den amerikanischen »Joint Chiefs of Staff« nachempfundene Gremium resultierte auch aus der ungeklärten Frage, welche Position der oberste Soldat der Bundeswehr – faktisch Heusinger – im Vergleich zum zivilen Staatssekretär einnehmen sollte. Mit diesem Amt betraute Adenauer im Oktober 1955 Josef Rust, ebenfalls Angehöriger der ehemaligen Reichsministerialbürokratie und mehrjähriger Referent im Bundeskanzleramt. Die Militärs wollten den ersten General dem Staatssekretär gleichordnen, die Beamten und die meisten Abgeordneten wollten ihn nachordnen. Damit gipfelte der künftige militärische Kommandobereich in vier gleichberechtigten Ministerialabteilungen und einem Kollegialorgan als oberstem militärischen Gremium.



Bundesarchiv-Militärarchiv

▲ Paris, 6. Mai 1955: Die deutsche Delegation unter Führung von Bundeskanzler Dr. Adenauer auf einer Sitzung des NATO-Rates

der zwölf deutsche Divisionen angehören würden. Im Verteidigungsfall oblag dem amerikanischen Oberbefehlshaber der NATO in Europa das Kommando. Das deutsche Kontingent sollte in der Rekordzeit von zwei Jahren aus dem Boden gestampft werden. Bis zur Ratifizierung des EVG-Vertrages hatte ein Interimsausschuss den Aufbau vorzubereiten.

Die bürokratische Ausdehnung des Interimsausschusses und die Komplexität des Vertragswerkes waren zwangsläufige Folge des Grundproblems des EVG-Vorhabens: In einer Welt von Nationalstaaten sollte ausgerechnet die Verteidigung in eine überstaatliche übernationale Körperschaft integriert werden. Freilich setzte dies den Verzicht der Nationalstaaten auf einen Kernbereich ihrer Souveränität voraus, mit unübersehbaren Rückwirkungen auf zahlreiche soziale und ökonomische und außenpolitische Belange. Anders als heute, dachten und handelten die europäischen Gesellschaften vor fünfzig Jahren fast ausschließlich

im Rahmen ihrer nationalstaatlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verfassung. Und einige der Vertragsstaaten, vor allem Frankreich, verfügten noch über Kolonialgebiete, die den Einsatz erheblicher militärischer Mittel erforderlich machten. Großbritannien hatte eben wegen seiner Bindungen zu den Commonwealth-Staaten von vornherein die Beteiligung an der EVG abgelehnt.

»Der Fall Bonin«

Aber es gab auch weitere Probleme. Der ehemalige Chef der Operationsabteilung im OKH Oberst a. D. Bogislaw von Bonin (1908–1980) löste als Leiter der Unterabteilung Militärische Planung einen schweren Konflikt aus, als er im Herbst 1952 vergeblich versuchte, den Stellenwert der Inneren Führung im künftigen Ausbildungskonzept der Streitkräfte zu relativieren. Die von Wolf Graf Baudissin führend vertretene Vorstellung einer im Geist und in



Bundesarchiv-Militärarchiv

▲ Wolf Graf von Baudissin



ckg-images

▲ Die Aufrüstung führte zu einer ersten großen Protestwelle in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Demonstrationzug von Wehrdienstverweigerern durch Köln, 16. Juni 1956

äußeren Formen reformierten Armee sollte nicht zuletzt die Vorbehalte der deutschen Öffentlichkeit gegen die Wiederbewaffnung abbauen. Der Streit wurde zwar organisatorisch beigelegt. Der Dissens zwischen Anhängern und Gegnern der Inneren Führung schwelte jedoch in den folgenden Jahren weiter. Bei einem Besuch in Paris im Sommer 1953 erkannte Bonin, dass die deutsche Militärdelegation sich in den Einzelheiten der Planung einer Europaarmee verloren hatte, während die Aufstellung deutscher Truppen in immer weitere Ferne rückte. Denn seit Ende 1952 stockte die Ratifizierung der EVG durch die französische Nationalversammlung. Paris wollte um den Preis der Aufgabe eigener Souveränitätsrechte in der Außen- und Sicherheitspolitik das deutsche militärische und wirtschaftliche Potential nutzen, aber den Nachbarn im Osten dennoch dauerhaft auf einen politisch minderen Platz verweisen. Je erfolgreicher die Bundesrepublik ihre Gleichberechtigung in der künftigen EVG durchzusetzen vermochte, desto stärker wurde

die französische Sorge, am Ende mehr Souveränität einzubüßen als zusätzliche Sicherheit gegenüber den Deutschen zu gewinnen.

Bonin hatte inzwischen die Arbeit seiner Bonner Unterabteilung auf ein Kurzprogramm mit Vorausmaßnahmen zur Aufstellung westdeutscher Streitkräfte umgestellt, um so noch vor der eigentlichen Aufstellung, welche erst nach Inkrafttreten der Verträge beginnen konnte, die Wiederbewaffnung vorzubereiten. Damit waren die Planungen in Paris und in Bonn auseinandergeraten. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von drei deutsch-französischen Kriegen (1870/71, 1914–1918, 1939–1945) verfolgten in Paris der französische Staatspräsident und andere Politiker mit Argwohn die Arbeit des Amtes Blank. Daher wollten Blank, Speidel und Heusinger jeden Anschein einer verdeckten Aufstellung auf vertraglich noch nicht abgesicherter Grundlage vermeiden. Bonin, den man sowohl wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Konzept der Inneren Führung als auch wegen seines

eigenmächtigen und politisch gefährlichen Vorpreschens in Sachen Wiederbewaffnung als untragbar ansah, wurde im November 1953 kaltgestellt und 1955 endgültig entlassen. Mit der Berufung von Oberst a.D. Kurt Fett (1910–1980) – ehemals Leiter der Organisationsabteilung des Wehrmachtführungsstabes – wurde die Bonner wieder an die Pariser Planung angepasst. Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass ohne Vorausmaßnahmen der Aufstellungszeitplan nicht einzuhalten war.

In der gewonnenen Bundestagswahl vom 6. September 1953 erkannte Adenauer eine Bestätigung seiner Sicherheitspolitik. Blank verlangte jetzt das Amt des Verteidigungsministers. Das hätte ihm nicht zuletzt gegenüber den anderen Ressorts den Rücken gestärkt, die argwöhnisch über den Erhalt eigener Zuständigkeiten wachten. Ferner war Blank in dem jungen Generalsekretär der CSU, Franz Josef Strauß, ein sicherheitspolitischer Rivale erwachsen. Adenauer lehnte die Berufung Blanks jedoch ab, um den Gegnern der



Bonn, 12. November 1955, v.l.:
Generalleutnant Heusinger,
Bundesminister für Verteidigung Blank (CDU),
Generalleutnant Dr. Speidel

EVG in Frankreich nicht noch weitere Argumente zu liefern. Am 30. August 1954 – nach der französischen Niederlage im Indochinakrieg – lehnte die Nationalversammlung in Paris die Ratifizierung des EVG-Vertrages jedoch endgültig ab. Damit war nicht nur der kühne Schritt in Richtung einer europäischen Föderation gescheitert. Auch der Bundeskanzler stand vor dem Scherbenhaufen seiner Sicherheits- und Europapolitik.

Die Pariser Verträge und die Gründung der Bundeswehr

Die Regierung in London ergriff jetzt die Initiative, um einen deutschen NATO-Beitritt und damit auch das

Ende des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik durchzusetzen. Tatsächlich stimmte Paris im Herbst 1954 schweren Herzens zu. Ausschlaggebend hierfür waren vier Faktoren. Die Westdeutschen traten gleichzeitig dem Brüsseler Verteidigungspakt bei, den Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten 1948 geschlossen hatten. Der um Deutschland und Italien zur »Westeuropäischen Union« (WEU) erweiterte Pakt sollte unter anderem die westdeutsche Aufrüstung kontrollieren. Die Briten sagten zu, ihre Rheinarmee nicht ohne Zustimmung der WEU zu reduzieren. Die Bundesrepublik verzichtete einseitig auf nukleare, chemische und schwere konventionelle Waffen. Dagegen beschloss die Regierung in Paris ein militärisches Nuklearprogramm, das Frank-

reich künftig einen politischen und militärischen Vorteil gegenüber der Bundesrepublik gewährleisten sollte. Mit den vereinbarten zwölf deutschen NATO-Divisionen zuzüglich Luftwaffe und Marine knüpfte man wieder an den in Himmerod entwickelten Vorstellungen an, ebenso wie an dem in den Verhandlungen mit den Besatzungsmächten 1951 erreichten Planungsstand.

Nachdem am 12. November 1955 die ersten bundesdeutschen Soldaten ihre Urkunden erhalten und im Januar 1956 die ersten Lehrkompanien aufgestellt worden waren, zeigte sich Bundeskanzler Adenauer angesichts mangelhafter gesetzlicher und organisatorischer Vorbereitungen ungehalten. Zwar standen jetzt Haushaltsmittel reichlich zur Verfügung, doch konnte das Verteidigungsministerium das Geld zunächst nicht ausgeben: Der Bundestag war nicht bereit, im Eilverfahren die bislang kaum vorbereiteten Wehrgesetze durchzupeitschen. Folgerichtig zog sich die Aufstellung der Bundeswehr hin. Der weitere Zeitplan scheiterte jedoch bereits an fehlenden Unterkünften.

Blank hatte es versäumt, gegenüber Adenauer rechtzeitig auf einer Revision des Aufstellungsplans zu bestehen. Damit stand er jetzt selbst unter Zugzwang. Zusehends verbraucht und führungsschwach, machte er es Strauß und anderen politischen Gegnern leicht, seine Schwächen herauszustreichen. Im Oktober 1956 löste der Bundeskanzler seinen ersten Verteidigungsminister durch Strauß ab. Zu dessen ersten Maßnahmen gehörte eine gründliche Revision des Zeitplans. Die Aufstellung der Bundeswehr – einer 450 000-Mann-Armee aus dem Nichts – sollte noch bis Mitte der 1960er Jahre die Bundesrepublik beschäftigen.

■ Dieter Krüger

»In der Bratpfanne des Teufels«

Der Kampf um Bagdad im Ersten Weltkrieg

Der Wüstenkrieg erspart dem Kämpfer nichts. Winter bedeutet große Kälte, Nässe, Hagel und Stürme, Sommer unerträgliche Hitze und Staub, Wassernot und gewaltige Sandstürme. Dazu kommen Versorgungsschwierigkeiten aufgrund schlechter Infrastruktur und Krankheiten, übertragen von Malariamücken, Sandfliegen und Läusen. Wer einen solchen Einsatz erlebt hat, erzählt vom weißen, mehlfeinen Staub, der ewig in der flimmernden Luft hängt und alles bedeckt. Vom stockenden Atem, der wie zähflüssiges Blei durch die gequälten Lungen quillt und vom eigenen Puls, der ständig wie schwere und dumpfe Hammerschläge in den Schläfen klopft. Man kämpfte und starb, wie Zeitgenossen beschrieben, in der »Bratpfanne des Teufels«.

Der Irak ist trotz seiner fruchtbaren Gebiete beiderseits des Euphrat und Tigris klimatisch eher eine Wüste, drei Viertel des Landes besteht aus trockenem Brachland. Im Frühjahr weht wochenlang der Scharqi in Sturmstärke, gefolgt von einer Hitzeperiode ab Juni, die an den größeren Wasserläufen mit einer unerträglichen Luftfeuchtigkeit verbunden ist. Das Ende des Sommers wird erneut durch wochenlange Sandstürme eingeleitet, ehe ab November die Regenzeit bis März oder April folgt. Für Kontinentaleuropäer verspricht der Irak deshalb keinen angenehmen Aufenthalt, noch weniger in Kriegszeiten. Mesopotamien, das heute im Irak gelegene Gebiet zwischen Euphrat und Tigris war seit dem 16. Jahrhundert Teil des Osmanischen Reiches.

Mitte November 1915 erhielt der bereits 72jährige Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz von der deutschen Botschaft in Konstantinopel (heute Istanbul) den Auftrag, russische und britische Truppen in Persien und Mesopotamien zu zerschlagen und die türkische Herrschaft in

diesen Gebieten sicherzustellen. Dazu sollte Goltz Pascha (türk.: General; Feldherr), wie er von nun an genannt wurde, im Rang eines türkischen Marschalls den Oberbefehl über alle osmanischen Truppen im türkisch-persischen Grenzgebiet (6. türkische Armee) übernehmen. Wenige Tage nach Erhalt des Schreibens bestieg der betagte Feldherr die Eisenbahn Richtung Bagdad. Fast 2500 Kilometer lagen vor ihm, wovon nur rund die Hälfte auf Schienenstrecken überwunden werden konnte. Danach ging es per Kraftwagen weiter. Der gesamte Stab des Feldmarschalls bewegte sich unter diesen Umständen mit 80 Militärfahrzeugen im Kriegsmarsch durch die weiten Ebenen des heutigen Syrien. Während dieses Marsches dokumentierte der Sanitätssoldat Armin T. Wegner das Leid der armenischen Bevölkerung auf ihrem Weg in die Wüstengegend westlich von Mossul.



bpk Berlin

▲ Colmar Freiherr von der Goltz (1843–1916), preußischer Generalfeldmarschall und türkischer Pascha

Seine Fotos zählen zu den beeindruckendsten Zeugnissen dieser Vertreibung, der über eine Million Menschen zum Opfer fielen. Die offene Kritik der kaiserlichen Botschaft am türkischen Vorgehen zeigte jedoch weder in Konstantinopel noch in Berlin große Wirkung. Insgesamt hielten sich die

»Revolution als Programm«

Von Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck wurde die »orientalische Frage« nur dann formuliert, wenn sie Rückwirkungen auf das europäische Mächtesystem hatte. Im deutschen Interesse lag ein Kräfteverlust Frankreichs und Großbritanniens durch Kämpfe in Nordafrika, in Kleinasien und gegen das Osmanische Reich. Wirtschaftsinteressen und der damit verbundene Bau der Bagdadbahn wiederum erforderten die Stabilität des »kranken Mannes am Bosphorus«, während die 1904 zwischen Paris und London geknüpfte Entente cordiale sich immer mehr zum Bündnis gegen Berlin entwickelte. Auch Russland beobachtete die enger werdenden Bindungen zwischen Berlin und Konstantinopel mit Argwohn. Die deutsche Orientpolitik während des Ersten Weltkrieges lässt sich unter dem oft zitierten Schlagwort »Revolution als Programm« zusammenfassen: Vor allem die Türken sollten mit deutscher Unterstützung die Revolutionierung der islamischen Gebiete erwirken, um britische und russische Kräfte abseits der Fronten des europäischen Kriegsschauplatzes zu binden und im besten Falle sogar den Abzug von Verbänden aus Europa zu bewirken. Kaiser Wilhelm II. telegraphierte in diesem Sinne im August 1914 an den türkischen Kriegsminister Enver Pascha:

»Türkei muss losschlagen. S.M. der Sultan muss die Muselmanen in Asien Indien Ägypten Afrika zum heiligen Kampf fürs Kalifat aufrufen.«

Bis auf etwas Geld, Materiallieferungen und deutsche Militärberater hatte der Kaiser allerdings wenig anzubieten. Auch den Geheimdiensttätigkeiten der »Nachrichtenstelle für den Orient« und deutschen Militärexpeditionen in Persien, Mesopotamien und Afghanistan waren nur kleinere Erfolge beschieden.

Deutschen aus dieser »innerstaatlichen Angelegenheit« soweit als möglich heraus, um nicht die wichtige Waffenbrüderschaft zu gefährden. Goltz Pascha versuchte, wenigstens in seinem Befehlsbereich eine direkte Beteiligung deutscher Soldaten an den Vertreibungsaktionen zu verhindern. Dennoch unterstützten zum Beispiel deutsche Militärberater türkische Stäbe bei der Vorbereitung zahlreicher Militäraktionen gegen die Armenier.

Nach strapazenreichen vier Wochen erreichte die Kolonne endlich ihr Ziel. Goltz Pascha forderte angesichts der kurzen britischen Seeverbindungen eine sichere Etappenlinie unter deutscher Verwaltung bis nach Konstantinopel, um überhaupt deutsche Interessen fernab der Heimat vertreten zu können.

Neben den machtpolitischen Überlegungen spielte auch der Kampf ums Öl bereits eine große Rolle. Petroleum gewann immer mehr an Bedeutung im Kampf um die Kriegsressourcen. Die britische Regierung besaß 1914 die Aktienmehrheit an einem der damals größten Ölkonzerne der Welt, der Anglo-Persischen Ölgesellschaft (APOC). Deren Hauptölvorkommen lagen am Schatt el Arab. Um die Öllieferungen und das Vorfeld seines Interessengebietes am Persischen Golf zu sichern, ließ das India Office in London im Herbst 1914 Truppen entlang des Schatt el Arab Richtung Norden vorgehen, um eine Verbindung mit den russischen Streitkräften in Persien herzustellen. Gemäß der britischen Kolonialkriegstaktik erfolgte der Vormarsch mit klimafesten indischen Truppen erst nach langwierigen Vorbereitungen. Kampfpausen dienten der Sicherung der gewonnenen Gebiete und der eigenen Nachschublinien.

Der Mitte April 1915 von der deutschen Irakgruppe in Bataillonsstärke und der Spezialeinheit »Expedition Klein« unterstützte Gegenangriff der türkischen Streitkräfte entlang des Euphrat verlief buchstäblich im Sande. Ohne ausreichende Versorgung aus dem Hinterland wurde die Spitze des Angriffs schon bald isoliert und zerschlagen. Der Auftrag, die Raffinerien und Pipelines der APOC zu zerstören, war dadurch hinfällig geworden, obwohl bereits erfolgreich Sabotageaktionen durchgeführt worden waren.



Ein deutscher Hauptmann verhandelte daraufhin mit schiitischen Würdenträgern in deren Wallfahrtsorten Kerbela und an-Nadschaf, um einen Kampfauftrag an die Glaubensbrüder gegen die Briten zu erwirken.

Nach der Abwehr des türkischen Angriffs im April 1915 wollte General Sir John Nixon, der britische Oberbefehlshaber, die vermeintliche Schwäche des Gegners ausnutzen. Das türkische Heer geringschätzend, befahl er trotz schwacher eigener Kräfte und trotz der einsetzenden Hitze den Vormarsch Richtung Bagdad. Aufgrund von Nachschubschwierigkeiten ging es allerdings nur langsam voran. Für 160 Kilometer benötigte das Expeditionskorps über zwei Monate, ehe es Ende Juli auf den ersten ernsthaften Widerstand ausgebauten Stellungen nördlich von Amara stieß. Nach weiteren acht Wochen gelang es den Briten, die osmanischen Streitkräfte bis 50 Kilometer südlich von Bagdad zurückzudrängen. Ein weiteres Vorgehen wurde von General Nixon aufgeschoben. Trotz der kurzen Versorgungslinien vom Persischen Golf bis Kut-al-Amara gestaltete sich die Deckung des hohen Bedarfs an Trinkwasser, Nahrung und Munition sehr schwierig. Die schlecht ausgebauten Straßen in Nord-Süd-Richtung führten zudem durch Gebiete aufständischer und beutehngiger Araberstämme.

Nach der Eroberung Kut-al-Amaras (Kut), rund 150 Kilometer südlich von

Bagdad gelegen, wurde die Stadt von den Briten erst einmal zu einem starken Stützpunkt ausgebaut. Von dort aus griff nach einer Auffrischungsphase Ende November die 6. indische (Poona-) Division unter General Sir Charles Townshend die türkischen Stellungen bei Ktesiphon an. Mit nur einer Division – sein Vorgesetzter hatte die eigenen Kräfte als ausreichend beurteilt und erneut die Kampfkraft des Gegners unterschätzt – ging er gegen die Türken vor. Über 30 000 Soldaten waren an der Schlacht beteiligt, mehrere tausend Tote und Verwundete waren auf beiden Seiten zu beklagen. Sowohl der türkische Oberbefehlshaber Nurredin Bey als auch der britische Befehlshaber Townshend befahlen daraufhin den Rückzug.

In dieser Lage übernahm Feldmarschall Goltz Pascha das Kommando. Ende 1915 berichtete er ernüchternd nach Konstantinopel: Außer einer Infanterie-Division seien die ihm unterstellten Truppen in Felde kaum zu gebrauchen, die Ausrüstung sei völlig veraltet, die Ausbildung und die Motivation der Soldaten schlecht. Zudem erschwere der mangelnde Nachschub und die kritische Situation im Nachbarland Persien die Lage. Er entschloss sich, seine bedrohte Flanke zu sichern und die Briten in Kut zu binden. Um sich einen Eindruck von der Lage im Grenzgebiet zum Persischen Reich zu verschaffen, verließ er Bagdad. In seiner Abwesenheit unternahm der frühere türkische Oberbefehlshaber einen

akg-images



◀ Staatsbesuch in Konstantinopel, 15. Oktober 1917: Kaiser Wilhelm II. mit Sultan Mehmed V. bei der Vorstellung von Würdenträgern.

Vorstoß auf Kut, der von den britischen Verteidigern blutig abgewehrt wurde. Der Gegenstoß der Briten erfolgte durch frische Einheiten aus Indien, Flandern und England. Nur unter größten Mühen erzielte Goltz Pascha durch Rücknahme der eigenen Truppen eine Stabilisierung der Front. Tagelange Regengüsse und schwere Überschwemmungen machten weitere Truppenbewegungen unmöglich. Goltz Pascha gelang es schließlich, die Truppen General Townshends in Kut einzuschließen. Die Briten wiederum griffen Anfang März überraschend in der Flanke der türkischen Truppen an, denn die in Kut eingeschlossene britische Division sollte unter keinen Umständen verloren gehen. Nach verlustreichen Kämpfen mussten sich die Briten jedoch erneut zurückziehen. Weitere britische Einsatzversuche scheiterten ebenso wie der durch Teile der russischen Kaukasusarmee über das Zagros-Gebirge. Die in Kut eingeschlossene Division gab schließlich nach fünf Monaten aufgrund der schlechten Versorgungslage und der auftretenden Krankheiten auf. Rund 13 000 Soldaten gingen in Gefangenschaft, über 20 000 Soldaten waren während der zahlreichen Einsatzversuche getötet oder verwundet worden.

Mit der Übergabe von Kut Ende April 1916 war das erste Operationsziel Goltz Paschas, den Angriff der Briten auf Bagdad abzuwehren und die britischen Hauptstreitkräfte zu zerschlagen, erreicht. Allerdings erlebte der Feldherr diesen Erfolg nicht mehr. Bereits zwei Wochen vor der Übergabe war er an Flecktyphus erkrankt und wenig später verstorben. Sein Nachfolger, Halil Pascha, führte die 6. Armee im Sinne seines Vorgängers. Nachdem

im Frühjahr ganz Persien von den türkischen Streitkräften geräumt worden war, mussten die Kräfte in Mesopotamien geteilt werden, um zumindest die Lage in der Grenzregion zum Persischen Reich zu stabilisieren. Aufgrund der Teilung der Kräfte konnte zwar die erfolgreiche Sommeroffensive der Türken in Persien vorbereitet werden, jedoch wurde die Verteidigung Bagdads dadurch entscheidend erschwert.

Für London bedeutete die Aufgabe Kuts, entweder dauerhaft Einfluss in dieser Region zu verlieren oder mit neuen Kräften Richtung Bagdad zu marschieren. Ein junger energischer Oberbefehlshaber, General Sir Frederick Stanley Maude, sollte nach einer Auffrischungsphase das Blatt endgültig wenden.

In der von ihm verordneten sechsmo-natigen Kampfpause ließ Maude ein funktionierendes Nachschubnetz aufbauen. Dazu wurden ihm neue und gut ausgerüstete Einheiten unterstellt, so dass er im Oktober fast 150 000 Soldaten kommandierte. Mitte Dezember 1916 gingen zwei Korps beider-seits des Tigris gegen Bagdad vor. Der Angriff entwickelte sich aufgrund heftiger Regenfälle und der Forderung Londons, keine unnötigen Verluste zu erleiden, nicht sehr schwungvoll. Dennoch standen Anfang Januar britische Einheiten vor Kut. Unterstützt von starken Marinekräften auf dem Tigris gelang nach wochenlangen harten Gefechten die Rückeroberung der Stadt. Die zahlenmäßige und mate-rielle Überlegenheit zahlte sich aus. Der türkische Oberbefehlshaber ließ seine knapp 15 000 Soldaten auswei-chen und südlich der Hauptstadt bei-derseits des Tigris zur Verteidigung

einrichten. Doch der Vorstoß der Briten war an keiner Stelle aufzuhalten, die Verteidigungsringe um Bagdad konnten an mehreren Stellen durchstoßen werden. Schwere und verlustreiche Gefechte, unterbrochen von Sandstürmen, ließen Halil Pascha den Entschluss fassen, auch Bagdad zu räumen und nach Norden auszuweichen. Am 11. März 1917 drangen erste britische Einheiten in die Stadt ein und wurden von Teilen der einheimischen Bevölke-rung als Befreier bejubelt.

Colmar Freiherr von der Goltz 1843–1916

Colmar Freiherr von der Goltz wurde am 12. August 1843 in Bielkenfeld bei Labian (Ostpreußen) geboren. Im Deutschen Krieg 1866 wurde er ausgezeichnet und schwer verwundet. Für seine Veröffentlichungen, u.a. »Das Volk in Waffen« (1883) und »Kriegs- und Heeresführung« (1901), wurde er 1911 zum Ritter des Ordens »pour le mérite für Kunst und Wissenschaft« geschlagen.

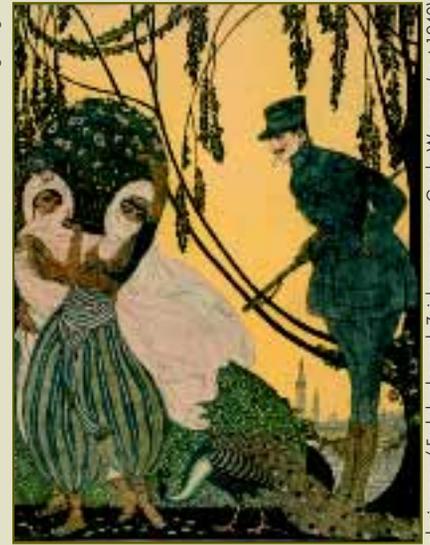
Nicht immer bequem für seine Vorgesetzten, konnte Goltz weitab in der Türkei von 1883 bis 1895 seine Ideen eines modernen Masseneheeres umsetzen. Dabei half ihm seine Fähigkeit, sich in die Mentalität seiner Gastgeber einzufühlen und den misstrauischen Sultan Abdul Hamid für die Umsetzung seiner Ideen zu gewinnen. Das brachte ihm die Bewunderung des jungen türkischen Offizierkorps ein, um das er sich mit einem neuen Ausbildungssystem besonders verdient gemacht hatte. Zurück in Deutschland diente Goltz von 1907 bis 1913 als Divisionskommandeur, Kommandierender General eines Armeekorps und als Armeeeinspekteur. 1911 wurde er von Kaiser Wilhelm II. zum Feldmarschall ernannt.

Der Generalfeldmarschall a.D. wurde nach Kriegsbeginn als Generalgouverneur im besetzten Belgien reaktiviert und schließlich als Berater des türkischen Hauptquartiers und Oberbefehlshaber der 6. türkischen Armee ins Osmanische Reich entsandt. Der Reformator der türkischen Armee und Sieger von Kut-al-Amara starb am 19. April 1916 in Bagdad an Flecktyphus.

Sofort nach dem Fall der Metropole eröffneten die Briten die Samarra-Offensive, welche die Einnahme der gleichnamigen Stadt und damit die Kontrolle über die strategisch wichtige Eisenbahnlinie im Norden des Landes zum Ziel hatte. Ende April war die Bahnstation in britischer Hand, der Nachschub konnte nun ohne Unterbrechung rollen.

Der türkische Generalstab entschied in dieser Situation, Bagdad zurückzuerobern. Kriegsminister Enver Pascha bat die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) um zusätzliche Hilfe. Dazu wurden seine Truppen durch die neu aufgestellte 7. Armee unter Mustafa Kemal Pascha (der spätere türkische Staatspräsident »Atatürk«) mit türkischen Verbänden, die aus Galizien und Rumänien abgezogen wurden, verstärkt. Unter dem deutschen Oberbefehlshaber der neugebildeten Heeresgruppe F, General Erich von Falkenhayn, sollten die Briten in der Operation »Jildirim« (Blitz) geschlagen und Richtung Meer zurückgedrängt werden.

Der von der OHL zugesagte deutsche Truppenbeitrag war das »Asienkorps« mit rund 18 000 Heeressoldaten sowie Marineformationen zur Sicherung der Flussläufe für den Nachschub aus dem Norden. Aufgrund der militärisch ernsten Lage in Palästina – Jerusalem als heilige Stadt sollte nach dem Verlust von Mekka auf keinen Fall auch noch in britische Hände geraten – entschied sich von Falkenhayn allerdings für eine Verstärkung der Sinai-Front und für einen späteren Angriffsbeginn Richtung Bagdad. General Maude wiederum griff nach der Hitzeperiode mit einer Division, unterstützt durch leicht gepanzerte Kraftwagen, die im Nordwesten am Euphrat liegende befestigte Stadt Ramadja an. Der Einsatz moderner Kampfswagen gegen die Flanken des Gegners brachte eine rasche Entscheidung. Die Verteidigung brach nach wenigen Tagen völlig zusammen. Nach dem Fall von Ramadja zogen sich die Reste der türkischen Armee auf Tikrit zurück, welches als Tor zu den Ölfeldern um Mossul verteidigt werden sollte. Nach schweren und verlustreichen Gefechten wurde Tikrit Anfang November 1917 von britischen Truppen genommen. Der plötzliche Tod General Maudes Mitte November



▲ Karikatur auf das deutsch-türkische Bündnis (links) und eine Karikatur auf den Kampf der Alliierten gegen die Türkei um die Vorherrschaft im Nahen Osten (rechts).

– er starb an den Folgen einer Cholera-Erkrankung nach dem Genuss eines Glases Milch – verzögerte das weitere Vorgehen der Briten. Der Imperial General Staff in London nutzte die Gelegenheit, das Engagement in Mesopotamien zu drosseln. Doch weder Falkenhayn noch sein Nachfolger, General Liman von Sanders, konnten das Blatt wenden. Ein letzter Gegenangriff bei Kirkuk im Oktober 1918 konnte die britischen Truppen nicht mehr aufhalten. Diese marschierten schließlich Anfang November in Mossul ein, womit das gesamte Land vom Schatt al Arab bis zu den Ölfeldern von Mossul endgültig unter britischer Herrschaft stand.

Die einheimische Bevölkerung wollte keine ausländische Herrschaft, sah aber in den britischen Truppen eher die Befreier vom türkischen Joch. Moslemische Soldaten hatten allerdings große Bedenken, gegen die Glaubensbrüder aus dem Norden zu kämpfen und gegen die heiligen Stätten in der Hand der Türken vorzugehen. Zahlreiche Araberstämme kämpften deshalb gegen die Briten.

Dem deutschen Militär gelang es dennoch nur zum Teil, britische und russische Verbände in Vorderasien zu binden und damit den Fronten in Europa zu entziehen. Immerhin waren bis 1916 durchschnittlich rund 50 000 britische und indische Soldaten in Mesopotamien eingesetzt. Nach der Aufgabe Kuts wurde der Personalansatz sogar verdreifacht. Zwischen 1916

und 1918 waren so rund 150 000 Soldaten gebunden, die entweder von der Westfront kamen oder für diese vorgesehen waren. An Toten und Verwundenen hatten die Briten in den vier Kriegsjahren insgesamt rund 50 000 Soldaten zu beklagen, dazu kamen noch ungefähr 40 000 schwer Erkrankte. Fast genau vier Jahre benötigten die britischen Expeditionsstreitkräfte, um von Fao und Basra im Süden des Landes bis zu den Ölfeldern bei Mossul im Norden zu gelangen. Dazwischen lagen militärische Erfolge und Niederlagen, die unter extremen Bedingungen in der »Bratpfanne des Teufels« erkämpft bzw. erlitten wurden. General von Falkenhayn charakterisierte die Kämpfe mit den Worten:

»Wir führen hier nicht einen modernen Krieg, wie an anderen Fronten, sondern einen Krieg wie zur Zeit des Zusammenbruchs der Kreuzzüge im Mittelalter!«

Einen hohen Blutzoll und viel Geld forderte auch die sich anschließende zwölfjährige britische Völkerbund-Mandatszeit, die trotz der formalen Herrschaft von König Faisal ibn Husain von Aufständen und Übergriffen der einheimischen Bevölkerung auf britische »Berater« geprägt war. Selbst nach der offiziellen Unabhängigkeit Anfang Oktober 1932 blieb die Lage im Irak mehr als instabil.

■ Helmut R. Hammerich



akg-images / Erich Lessing

Am Ende der Welt ...

Alexander der Große in Afghanistan

Im Jahr 330 v. Chr. schien der Feldzug Alexanders des Großen gegen das Perserreich so gut wie beendet. Der persische König Dareios III. war in zwei großen Feldschlachten, bei Issos 333 und bei Gaugamela 331, besiegt worden. Alexander war mit seiner Armee in das Herz des Persischen Reiches vorgedrungen und hatte die Hauptstädte Babylon, Susa und Persepolis besetzt. Der einst von seinem Vater Philipp II. konzipierte »panhellenische Rachefeldzug« der Griechen unter makedonischer Führung fand nun mit der Zerstörung und Plünderung von Persepolis seinen »krönenden« Abschluss. Als König von Makedonien und Hegemon der Griechen hatte Alexander

den Feldzug vier Jahre zuvor begonnen; nun ließ er sich von seinen Männern zum »König von Asien« ausrufen. Seinem Herrschaftsanspruch schienen keine Grenzen mehr gesetzt.

Als jedoch Dareios, der sich Mitte 330 immer noch auf der Flucht befand, von Bessos, einem seiner Satrapen, ermordet wurde, erwuchs eine neue Gefahr für Alexander. Denn Bessos erklärte sich zum neuen persischen Großkönig und wollte von seiner Heimatprovinz Baktrien (Nord-Afghanistan) aus den Widerstand gegen Alexander neu entfachen. Solange Bessos Anspruch auf den persischen Thron erhob, war Alexanders Herrschaft über Asien nicht gesichert. Er reagierte deshalb auf zweierlei Weise auf die neue Bedrohung. Zum einen stellte er sich nun bewusst in die Tradition der persischen Könige. Er übernahm verschiedene ihrer Herrschaftsinsignien und holte persische Adelige an seinen Hof. Damit hoffte er, Bessos die angestrebte Legitimation streitig machen zu können. Zum anderen schwor er seine Armee auf einen neuen Feldzug ein – einen Feldzug, der die Makedonen tausende von Kilometern weiter nach Zentralasien führen sollte.

◀ Alexander III., der Große (356–323 v. Chr.), König von Makedonien, Oberfeldherr der Griechen; Alexander der Große als Helios. Kopie eines griechischen Originals aus der Zeit von 330–300 v. Chr.; Original: Vatikan, Monumenti Musei e Gallerie Pontificie



bpb

◀ »Schlacht von Arbela« bei Gaugamela, Sieg Alexanders des Großen über Darius III. Kodomannos. Gemälde von Jan Brueghel (1568–1625), Öl auf Holz, 80 x 136 cm.

Der Nordosten des Perserreiches war eine schroffe, schwer zugängliche Gegend, die traditionell nur unter loser Kontrolle der persischen Zentralgewalt gestanden hatte. Hier regierten mächtige Stammesfürsten in unbezwingbaren Felsenburgen. Große Feldschlachten waren nicht mehr zu erwarten. Alexander nahm deshalb im makedonischen Heer einige taktische Änderungen vor. Sie sollten die Flexibilität und Mobilität der Truppe erhöhen.

Derart gerüstet rückten die Makedonen im Spätsommer 330 auf die Ostprovinzen des Reiches vor. An der Grenze zum heutigen Afghanistan wurde Alexander überraschend von Satibarzanes, dem Satrapen der Provinz Areia (West-Afghanistan), empfangen, der sich ihm unterwarf und dafür in seinem Amt bestätigt wurde.

Doch nachdem Alexander bereits weiter auf direktem Weg nach Baktrien vorgestoßen war, erhielt er die überraschende Meldung, dass Satibarzanes hinter seinem Rücken rebellierte und sich zu seiner Loyalität für Bessos bekannte. Alexander erkannte die Gefahr für seine Nachschublinien sofort. Mit einer kleinen Elitetruppe seiner Hetairoi (Adelsreiterei) eilte er in zwei Tages- und Nachritten die knapp 120 km nach Artakoana, der Hauptstadt der Provinz Areia, und stellte die Kontrolle wieder her. Satibarzanes hatte sich unterdessen in die zerklüfteten Berge abgesetzt. Alexander festigte seine Herrschaft über die Provinz nun durch die Gründung einer neuen Stadt, »Alexandria in Areia«, die er an Stelle der alten Hauptstadt im Bereich des heutigen Herat errichten ließ.

Dies war die erste von wahrscheinlich Dutzenden Städte- und Garnisonsneugründungen, mit denen Alexander in den folgenden zwei Jahren den Nordosten des Reiches überzog. Deren Muster blieb stets relativ gleich. Um eine kleine Gruppe makedonischer Veteranen, die für den aktiven Kriegsdienst nicht mehr tauglich waren, und einer größeren Anzahl griechischer Söldner siedelte er Teile der örtlichen Bevölkerung an. Die Einheimischen



akg-images / Peter Connolly

stellten selten freiwillig die neue Unterschicht dieser Siedlungen, in denen sie ihre europäischen Herren mit Nahrungsmitteln und anderen Gütern zu versorgen hatten. Eine Tatsache, die vielerorts den Unmut gegen die makedonische Herrschaft hervorrief.

Verschwörung gegen Alexander

Alexander entschloss sich nun, nicht mehr weiter auf direktem Weg nach Baktrien vorzustößen, sondern erst den Süden Afghanistans unter seine Kontrolle zu bringen. Die nächste Marschstation war Phrada, die Hauptstadt der Provinz Drangiane. Das heutige Farah lag damals in einer äußerst fruchtbaren Landschaft. Dort ereignete sich eine der größten Verschwörungen gegen Alexander. Involviert waren unter anderem einer seiner Leibwächter sowie Philotas, der Kommandeur seiner Reiterei. Brisant an der Angelegenheit war jedoch, dass es sich bei Philotas um den Sohn des einflussreichen Adligen Parmenion handelte. Und Alexander hatte Philotas erst kurz vorher, in die Etappe nach Ekbatana, dem heutigen Hamadan im Westiran, abgeschoben. Dem Vater konnte zwar keine aktive Teilnahme an dem Komplott seines Sohnes nachgewiesen werden; da er aber Alexander nicht informierte, als er von den verdächtigen Vorgängen erfuhr, unterstellte man ihm allgemein die Billigung der Attentatspläne. Philotas wurde zusammen mit weiteren Verschwörern in einem Schauprozess vor der makedonischen Heeresversammlung zum Tode verurteilt. Da Alexander die Rache des Vaters fürchtete, ließ er auch diesen in einer geheimen Kommandoaktion in Ekbatana ermorden. Durch die Hinrichtung und Ermordung zweier so einflussreicher und angesehener Persönlichkeiten stellte

▶ »Speira«, bestehend aus 256 Fußsoldaten, Basiseinheit der makedonischen Phalanx. Aquarell von Peter Connolly

Alexander die Gefolgschaft seiner Soldaten zum ersten Mal auf eine harte Probe. Andererseits hatte er sich mit Parmenion und Philotas zwei seiner größten Kritiker aus der traditionellen und in der Armee einflussreichen Adelsopposition entledigt.

Nachdem Alexander die Stadt Phrada in Prophtasia (»Vorsehung«) umbenannt hatte, zog er mit seinem Heer weiter an dem damals noch weit größeren Sistan-See vorbei und sodann entlang des Helmand-Flusses nach Osten. Als er im Südosten des heutigen Afghanistans, die Provinz Arachosien erreichte, wurde ihm gemeldet, dass der flüchtige Rebell Satibarzanes die Garnisonstruppen in Areia angegriffen habe und die dortige Hauptstadt belagere. Alexander sandte daraufhin seinen General Erigyos mit einer kleinen Streitmacht in die unruhige Provinz. Erigyos konnte Satibarzanes schließlich stellen und ihn im Zweikampf töten. Alexander gründete unterdessen an der Stelle des heutigen Kandahar eine weitere Stadt und nannte sie »Alexandria in Arachosien«. Dort berufen sich die Hakims, die traditionellen Ärzte, noch heute auf eine Abkommenschaft von den Hofmedizinern Alexanders, Philipp und Kritobulos, und praktizieren die griechische Yunnani-Kräutermedizin.

Mitten im Winter 329 trieb Alexander sein Heer trotz klirrender Kälte und wachsender Verpflegungsschwierigkeiten immer weiter nach Norden durch die Provinz Paropamisos in Nordost-Afghanistan. Erst in der Nähe von Bagram, nördlich des heutigen Kabul am Fuße des Hindukusch, ließ er rasten. Dort errichtete er sein Basisla-



ckg-images / Peter Connolly



▲ Makedonische Phalanx Alexanders des Großen. Aquarell von Peter Connolly

ger und gründete die Stadt »Alexandria in Paropamisos«. Die Stelle war schon damals ein Verkehrsknotenpunkt, an dem sich die Hauptstraßen aus Zentralasien, dem heutigen Iran und Indien kreuzten. Von hier aus wollte Alexander später durch das Kabul-Tal seinen Indienfeldzug beginnen.

Kampf gegen Bessos

Sobald die Witterung es zuließ, begannen Alexanders Truppen mit der Überquerung des Hindukusch. Da Bessos den direkten Weg nach Baktrien systematisch verwüstet hatte und die Versorgung der Armee gefährdet gewesen

wäre, wählte Alexander den weiter östlich gelegenen Khawak-Pass. Als er im Frühjahr 329 nach einem 16-tägigen Gewaltmarsch überraschend schnell mit seinem Heer Baktriens erreichte und die Stadt Drapsaka, das heutige Kunduz, einnahm, ergriff Bessos, der noch immer nur über wenige Truppen verfügte, erneut die Flucht. Er floh weiter nach Norden in die Provinz Sogdien, wo er hoffte, mit Hilfe skythischer Nomadenstämme aus den Steppen Zentralasiens seinen Kampf fortsetzen zu können.

Alexander folgte ihm auf dem Fuße und konnte Baktra, die Hauptstadt Baktriens, das heutige Balkh, ohne größere Schwierigkeiten einnehmen. Von dort rückte er mit seinen Truppen weiter vor zum Fluss Oxus, dem heutigen Amu Darya, der Afghanistan von Usbekistan und Tadschikistan trennt. Für die knapp 80 km benötigte das Heer ganze vier Tage, da die Soldaten in der sandigen Ebene unter der starken Hitze großen Durst litten und nur langsam vorankamen. Als Alexander endlich den Oxus im Bereich



▲ Zug Alexanders des Großen nach Indien: Schlacht am Hydaspes (Elefantenschlacht; Sieg Alexanders über Poros, König des Pandschab). Angreifende Phalanx makedonischer Fußtruppen. Aquarell von Peter Connolly

des heutigen Termez erreichte, musste er feststellen, dass Bessos bereits alle Boote verbrennen hatte lassen, um den Flussübergang zu erschweren. Die Makedonen behalfen sich daraufhin mit improvisierten Flößen aus Holz und mit Stroh gefüllten Tierhäuten – eine Methode, die sie bereits an der Donau erfolgreich erprobt hatten.

Vor ihnen lag nun Sogdien, die wilde Grenzprovinz des Reiches, die schon von den Persern nur mühsam durch ein Netz aus Festungen und Garnisonen unter Kontrolle gehalten werden konnte. Nördlich davon befanden sich die riesigen Steppen Zentralasiens, von wo die skythischen Reiternomaden immer wieder in Plünderungszügen nach Süden vordrangen. Mit diesen Volksstämmen suchte Bessos jetzt ein militärisches Bündnis gegen Alexander einzugehen; doch es sollte anders kommen.

Alexander stürmte mit seiner Reiterei so schnell hinter Bessos her, dass er ihn auf halber Strecke auf dem Weg zum Fluss Iaxartes, dem heutigen Syr Darja, stellen konnte. Als die sogdischen Fürsten Spitamenes und Dataphernes, vom Nahen Alexanders erfuhren, legten sie ihren Verbündeten Bessos in Ketten und lieferten ihn an Alexander aus. Dieser ließ ihn der traditionellen persischen Strafe für Verräter zukommen: Auspeitschung, Verstümmelung und Exekution. Damit war es Alexander gelungen, den Mord

an Dareios öffentlichkeitswirksam zu rächen und sich selbst wirkungsvoll als Wahrer der persischen Königs tradition zu inszenieren.

Am Ende der Welt

Mit Bessos war nun der letzte persische Adelige ausgeschaltet, der Alexander noch die Legitimation als »König von Asien« streitig machte. Alexander konnte nun zur Konsolidierung seiner Herrschaft übergehen. Zunächst zog er weiter über Marakanda, der Hauptstadt Sogdiens, dem heutigen Samarkand, bis zum Iaxartes. Dieser Fluss war nicht nur die Grenze des persischen Reiches, sondern symbolisierte nach griechischer Vorstellung auch das Ende der Oikumene, der zivilisierten, bewohnbaren Welt. Nördlich der Steppen lag nur noch der Okeanos, das nach damaliger Auffassung weltumfassende Randmeer. An dieser Stelle wollte Alexander seinen Vormarsch beenden und durch die Gründung einer neuen Grenzstadt seinen Eroberungszug abrunden. Die Stadt, der er den Namen »Alexandria Eschate« (»das äußerste Alexandria«) gab, das heutige Chudshand, sollte sich sowohl zu einem Zentrum des Handels als auch zu einer militärischen Bastion entwickeln, die den Reiternomaden aus dem Norden den Zugang ins Reich versperrte.

Alexander (III.) der Große König – Feldherr – Gott 356–323 v. Chr.

Alexander erbt mit 20 Jahren von seinem Vater Philipp II. die Großmacht Makedonien. Zehn Jahre später hatte er sich ein Weltreich erobert, das von Griechenland bis Pakistan reichte. Durch seine Taten wurde er noch zu Lebzeiten zum Mythos. Als gottgleicher »König von Asien« starb er im Alter von 32 Jahren in Babylon (Irak) an Malaria. Seinem Streben nach unsterblichem Ruhm hatte er bis dahin tausende Menschenleben geopfert. In die Geschichte ging er als jugendlicher Held, genialer Feldherr und Begründer des Hellenismus ein, der die griechische Kultur bis nach Zentralasien und Indien führte.

Doch während Alexander noch mit den Bauarbeiten für seine neue Stadt beschäftigt war, zu der er wieder zahlreiche Einheimische zwangsverpflichtet hatte, brach um ihn herum ein Aufstand los, der ihn und sein Heer in allergrößte Schwierigkeiten brachte. Die Makedonen sahen sich mit einem zermürbenden Guerillakrieg konfrontiert, der zudem die Gefahr der Ausbreitung auf andere, gerade erst befriedete Satrapien in sich barg. Die Anführer der Rebellion waren mit Spitamenes und Dataphernes jene zwei sogdischen Fürsten, die Alexander vorher noch Bessos ausgeliefert hatten. Der Hauptgrund für ihren Aufstand war offensichtlich Alexanders absoluter Herrschaftsanspruch, dem sich die traditionell autonom regierenden Landesfürsten nicht beugen wollten. Ihnen gelang es jetzt, mit Hilfe skythischer Verbündeter eine landesweite Rebellion in Sogdien und Teilen Baktriens zu entfachen.

Neue Aufstände, neue Kämpfe

Alexanders unmittelbare Reaktion war – wie fast immer – blitzschnell, rücksichtslos und durchschlagend. In einer ersten Offensive ging er gegen den unmittelbaren Unruheherd, südlich des Iaxartes, vor. Dort waren die von ihm zurückgelassenen Garnisonen von Einheimischen überfallen worden. Er teilte



▲ »Die Alexanderschlacht«, Schlacht bei Issos gegen die Perser unter Darius III. Kodomannos 333 v.Chr.. Römisches Mosaik, kaiserzeitlich, aus der Casa del Fauno in Pompeji nach einem griechischen Gemälde des 4.Jh. von Philoxenos. Foto: akg-images

sein Heer in mehrere Kampfgruppen auf, um so möglichst viele Gegner zu binden und nahm sechs der sieben Garnisonstädte im Sturm. Die siebte Stadt, Kyropolis, das heutige Kurkath, war am besten befestigt und konnte erst nach mehrtägiger Belagerung eingenommen werden. Mit den Bewohnern der eroberten Städte verfuhr Alexander gnadenlos. Die gesamte männliche Bevölkerung im wehrfähigen Alter wurde niedergemacht, Frauen und Kinder als Sklaven nach »Alexandria Eschate« verschleppt.

In der Zwischenzeit hatte sich am nördlichen Ufer des Iaxartes eine große, mehrere tausend Reiter zählende skythische Invasionsarmee gesammelt, die mit Pfeilschüssen die Bauarbeiten an der Stadt behinderte und nur darauf wartete, in einem günstigen Moment über den Fluss nach Süden vorstoßen zu können. Alexander entschloss sich, das Problem ein für alle Mal zu beseitigen. Nachdem er in einem waghalsigen Manöver unter dem Schutz der Katalpulte auf die andere Flussseite übersetzt hatte, konnte er die Steppenkrieger in eine Falle locken und einen Großteil von ihnen mit seiner Reiterei vernichten. Anschließend beugte sich der skythische Volksstamm der Saken Alexanders Herrschaftsgewalt und die Makedonen konnten sich wieder nach Sogdien zurückziehen.

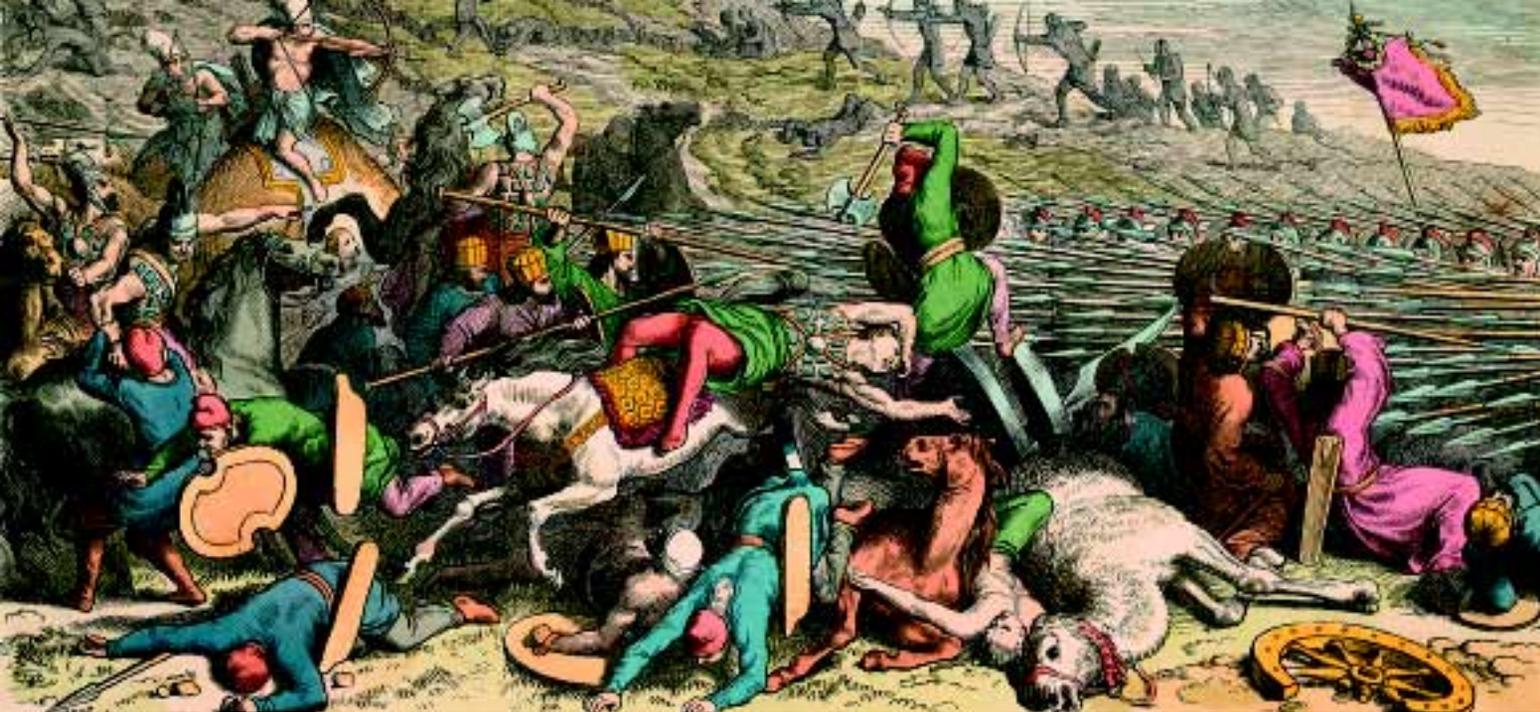
Dort war ihnen allerdings keine Ruhepause gegönnt. Eine von Alexander entsandte Kampfgruppe, die das von Spitamenes belagerte Marakanda

entsetzen sollte, war am Fluss Polytimetos, dem heutigen Zeravshan, in einen Hinterhalt gelockt und fast ausnahmslos aufgerieben worden. Die Verluste der hauptsächlich aus griechischen Söldnern bestehenden Truppe betragen 2300 Mann und bedeuteten die schwerste militärische Niederlage, die Alexander jemals hinnehmen musste. Als ihm die Nachricht überbracht wurde, rückte Alexander trotz nicht ausgeheilten Verletzungen sofort Richtung Marakanda aus. Spitamenes zog es beim Anblick der makedonischen Elitereiterei jedoch vor, die Flucht Richtung Marakanda zu ergreifen. Als Vergeltung verwüstete Alexander daraufhin die Siedlungen entlang des Polytimetos, deren Bewohner er der Kollaboration mit den Rebellen verdächtigte.

Somit endete das Jahr 329 für Alexander, ohne dass er einen militärischen Durchbruch erzielt hatte. Immer noch waren weite Teile Sogdiens und Baktriens in der Hand der Aufständischen. Begünstigt durch den Vorteil hervorragender Geländekenntnisse und mit der Unterstützung des skythischen Stammes der Massageten gelang es Spitamenes immer wieder, die makedonischen Garnisonen zu überfallen. Die Gefechtstaktik, die er sich dabei zu nutze machte, war das klassische »hit and run« des Guerillakriegs, wie es auch über 2000 Jahre später noch erfolgreich praktiziert wird. Spitamenes führte damit genau den Krieg, den Bessos gewollt hatte, und wurde so zu Alexanders gefährlichstem Gegner.

Die unkonventionelle Kriegführung des Feindes zwang Alexander zu ebenso unkonventionellen militärischen Gegenmaßnahmen. Dazu zählte vor allem eine brutale »Politik der verbrannten Erde«. Alexander teilte sein Heer dazu in selbstständig operierende Heeresgruppen auf, die das Land systematisch durchkämmten und antreffenden Widerstand ausschalteten. Die dezimierte Bevölkerung wurde in neugegründete Garnisonstädte umgesiedelt, wo sie unter der strengen Kontrolle tausender griechischer Söldner stand, die Alexander dort stationierte. Zu diesen Neugründungen zählte wahrscheinlich auch das heute als Ai Khanoum identifizierte »Alexandria Oxiane« am Zusammenfluss der Flüsse Oxus, Kokcha und Kunduz. Die Überreste dieser sich nach ihrer Gründung prächtig entwickelnden Stadt wurden in den 1960er Jahren entdeckt und vermitteln einen guten Eindruck von der Blüte des Hellenismus in Zentralasien.

Alexanders Maßnahmen veränderten die gesamte soziokulturelle Struktur der Region nachhaltig. Durch sie konnte im Laufe des Jahres 328 der Operationsraum seines Gegners immer weiter eingeeignet werden, so dass Spitamenes nach mehreren verlustreichen Niederlagen bei seinen Verbündeten zunehmend an Unterstützung verlor. Als er sich mit seinen letzten Getreuen Ende 328 von dem makedonischen General Koinos in die Enge gedrängt sah, erging es ihm nicht viel anders als zuvor bereits Bessos. Er wurde von



▲ »Die Phalanx im Kampfe mit Persern«. Holzstich, alkoloriert, nach Zeichnung von Heinrich Leutemann, 1865

akg-images

seinen eigenen Männern getötet und mit seinem Stellvertreter Dataphernes an Alexander ausgeliefert. Mit dem Tod von Spitamenes war auch das Zentrum der Aufstandsbewegung zerschlagen. Der sogdische Rebell kam schließlich aber noch zu späten Ehren, als Alexander 324 in der Massenhochzeit von Susa seinen Hetairen (Reiteroffizier) Seleukos mit Spitamenes' Tochter Apama verheiratete. Beide begründeten nach dem Tod Alexanders die Diadochendynastie der Seleukiden. Ihre Nachkommen verkörperten wie kein anderer die hellenistischen Herrscherhäuser die von Alexander – wenn auch vorwiegend aus machtpolitischen Erwägungen – angestrebte Verschmelzung von Okzident und Orient.

Die letzten sogdischen Widerstandsnester wurden um die Jahreswende 328/327 »ausgeräuchert«. Einige Stammesfürsten hielten sich immer noch in ihren für unbezwingbar gehaltenen Bergfestungen in mehreren tausend Metern Höhe verschanzt, wo sie sich weiterhin Alexanders Herrschaftsgewalt widersetzen. Alexander nahm die militärische Herausforderung ein weiteres Mal an und brachte die erste der Festungen mit einer List zur Aufgabe, die zweite durch die makedonischen Belagerungsanstrengungen. Die psychologische Wirkung der makedonischen Militärmaschinerie, die sich letztlich nie einem Gegner beugen musste, verfehlte auch hier nicht ihr Ziel.

Terror und Diplomatie

Entscheidend für den Erfolg Alexanders war allerdings auch seine kompromissbereitere Haltung: Er setzte nun zunehmend mehr auf die politische Einbindung des ostiranischen Adels. Der sogdische Fürst Oxyartes wurde daraufhin einer seiner größten Verbündeten und treuesten Gefolgsleute. Dazu trug die Tatsache bei, dass Alexander mehrere ostiranische Adelige, darunter den Sohn des Oxyartes, in die Hetairoi (makedonische Reiterei) aufnahm. Noch wichtiger jedoch war Alexanders Heirat mit Roxane, der Tochter des Oxyartes. Sie machte den Weg frei für eine Kooperation der Stammesfürsten, wenngleich es unwahrscheinlich ist, dass es sich um eine Liebesheirat handelte. Zwar galt Roxane als die »die schönste Frau Asiens«, jedoch wurden Alexander zu jener Zeit schon zahlreiche andere, nicht nur heterosexuelle Liebschaften nachgesagt. Immerhin ging aus dieser Verbindung ein Sohn, Alexander IV., hervor, der aber wenige Jahre nach dem Tod seines Vaters zusammen mit der Mutter in den Diadochenkriegen umkam. Die Geschichte von Roxane und den König der Makedonen wurde anschließend im gesamten Orient zur Legende. In Afghanistan erzählt man sich noch heute, was für eine stolze Afghanin Roxane doch gewesen sei, die sich nicht der Fremdherrschaft gebeugt, sondern noch in der Hochzeitsnacht versucht habe, Alexander zu töten.

Somit hatte Alexander bis zum Frühjahr 327 teilweise mit Diplomatie, größtenteils aber mit blankem Terror die militärischen und politischen Voraussetzungen für sein nächstes Unternehmen geschaffen: den Indienfeldzug. In Ostiran, vor allem in Baktrien-Sogdien, ließ er eine Garnisonstruppe von ca. 15 000 Soldaten zurück, die ihm den Rücken frei halten sollte. Deren Nachfahren gründeten Mitte des 3. Jahrhunderts v. Chr. das gräko-baktrische Reich, das die griechische Zivilisation in Zentralasien noch viele Jahre nach Alexanders Tod bewahren sollte. Griechische Kultur wollte Alexander auch in das sagenumwobene Indien bringen, wo angeblich schon Herakles und Dionysos legendäre Taten vollbracht hatten. Dort begab er sich als »Neos Dionysos« auf die Suche nach der Unsterblichkeit und den Grenzen der Oikumene und griff dabei immer öfter zu den bewährten Instrumenten brutaler Gewalt zurück, die seine Armee in Baktrien-Sogdien zur Perfektion gebracht hatte.

■ Sascha Ansbacher

Literaturtipp:

Nicholas Hammond, *Alexander der Große. Feldheer und Staatsmann*. Aus dem Englischen von Martin Pfeiffer, Berlin 2001
 Michael Wood, *Auf den Spuren Alexanders des Großen. Eine Reise von Griechenland nach Asien*, Stuttgart 2002

Stalins Aufrüstungsbeschluss und die Entstehung des Warschauer Paktes

In den ersten Jahren war der Kalte Krieg eine primär politische Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen in Ost und West. Vorhandene Kräftepotenziale, die den Gebrauch kriegerischer Gewalt wechselseitig riskant machten, ließen den Regierungen das militärische Kräfteverhältnis in Europa zweitrangig erscheinen. Ohne es zu ahnen, gab US-Außenminister Dean Acheson (1893–1971) im Januar 1950 mit einer Erklärung über den Verteidigungsgürtel der Vereinigten Staaten (USA) zu fundamentalem Wechsel Anlass. Seine Nicht-Erwähnung Koreas führte zu Fehldeutungen. Die Äußerung, die sich auf die Eventualität eines weltweiten Krieges bezog, wurde in Moskau und der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang als Ausdruck generellen Desinteresses verstanden. Dem nordkoreanischen Ministerpräsidenten Kim Il Sung (1912–1994), der sich 1949 vergeblich um sowjetische Zustimmung zum Angriff auf das von den Amerikanern geräumte, militärisch schwache Süd-Korea bemüht hatte, gelang es nun, Stalin davon zu überzeugen, dass ein leichter Erfolg winke. Die USA würden nicht eingreifen; ein Zusammenstoß mit ihnen sei nicht zu befürchten. Das war jedoch ein Fehlschluss: Als Nordkorea den Süden überfiel, entschloss sich Präsident Harry S. Truman (1884–1972) zum Beistand und entsandte umgehend alle verfügbaren Truppen. Diese hielten zunächst einen Brückenkopf. Nach eiliger Aufstellung neuer Verbände startete eine erfolgreiche Gegenoffensive.

Noch wichtiger war die Reaktion der Westeuropäer. Der Angriff erschütterte die bisherige Gewissheit, auf Grund des Nordatlantikpakts mit den USA vom 4. April 1949 sicher vor einem Angriff zu sein. Angesichts fehlender Verteidigungsstärke sah man sich von einer kommunistischen Aggression bedroht: Die UdSSR werde, nachdem sie zunächst mit Nordkorea in Ost-



▲ Josef Stalin, Gemälde von Alexander Michajlowitsch Gerassimow (1881–1963), 1953/54. Öl auf Harfaser, 98 x 77 cm; Berlin, Deutsches Historisches Museum

sien den Anfang gemacht habe, ihrerseits gegen das schutzlose Westeuropa vorgehen und sich daran durch die zwar überlegenen, aber erst noch zu mobilisierenden Streitkräfte der USA nicht hindern lassen. Zwar ging man allgemein davon aus, dass die Amerikaner wie im Zweiten Weltkrieg eine machtvolle Militärmaschine aufbauen und dann siegreich nach Europa zurückkehren würden, aber das war nur ein schwacher Trost in Anbetracht

der Schrecken, die von Krieg und langandauernder Besetzung zu befürchten waren. Eine politische Sicherheitszusage der Amerikaner genügte nicht mehr. Der Aufbau einer Abwehrfront, welche die sowjetische Armee an der Eroberung des gesamten Kontinents hindern konnte, erschien unabweislich. Die westeuropäischen Länder sahen sich aber außer Stande, aus eigener Kraft die notwendigen Truppen bereitzustellen, und erwarteten den entschei-

denden Beitrag von den USA. Diese wiederum waren nur zu einem Verteidigungsbeitrag kleineren Umfangs bereit und stellten überdies die Bedingung, dass alle Ressourcen vor Ort ausgeschöpft werden müssten. Folglich seien auch westdeutsche Truppen heranzuziehen.

Der Koreakrieg und Stalins Lagebeurteilung

Für den Kreml sah die neue Lage völlig anders aus. Der sowjetische Diktator (Josef) Iosif Stalin (1879–1953), der das Risiko eines militärischen Konflikts mit den USA scheute, fühlte sich hereingelegt. Achesons Aussage erschien als eine bewusst gelegte Falle. Demnach hatte der amerikanische Außenminister von vornherein die Absicht verfolgt, mit Hilfe des provozierten Koreakrieges eine Angstpsychose zu erzeugen, eine Aufrüstungs- und Aggressionspolitik einzuleiten und den »deutschen Militarismus« gegen die Sowjetunion zu mobilisieren. Als Gegenmaßnahme verfügte Stalin auf einer geheimen Zusammenkunft vom 9. bis 12. Januar 1951 einen massiven Truppenaufbau der östlichen Staaten. Zwar gehe vom Westen vorerst keine Bedrohung aus, weil die USA noch jahrelang in Ostasien militärisch gebunden seien, doch gelte es, eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu verhindern und die Phase amerikanischer Schwäche zu nutzen. Aus Stalins Sicht bestanden alle Voraussetzungen für die Gewinnung militärischer Überlegenheit. Eine machtvolle Flotte, wie sie die USA besäßen, könne den Krieg nicht gewinnen. Mit ihrer Luftwaffe und der Atombombe hätten die Amerikaner keinen Trumpf mehr in der Hand, dem die Sowjetunion (UdSSR) nichts entgegensetzen könne. Bei den Landstreitkräften aber habe das sozialistische Lager größere Möglichkeiten.

Die osteuropäischen Volksdemokratien sollten 2 bis 2,5 Millionen Mann aufstellen. Die sowjetischen Militärs hielten dies für nicht ausreichend und plädierten für 4 Millionen, doch Stalin lehnte dies mit der Begründung ab, dass sich dann eine moderne Bewaffnung der Verbände nicht in ausreichender Menge gewährleisten ließe. Er verfügte die Einrichtung eines ständigen,

von der UdSSR beherrschten Koordinierungsorgans, das in vielerlei Hinsicht die Militärorganisation des Warschauer Pakts vorwegnahm. Die DDR wurde nicht in die Aufrüstung der Volksdemokratien einbezogen, denn sie sollte weiter die Sonderrolle eines Staates mit gesamtdeutschem Auftrag

der Besatzungstruppen sollten sie die Überlegenheit gegenüber den schwachen Polizeikräften der westlichen Landesteile sichern und alle Widerstände brechen. Dieses Szenario würde hinfällig werden, wenn die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen des westlichen Bündnisses Wirklich-



▲ Der nordkoreanische Ministerpräsident Kim Il Sung unterzeichnet das Waffenstillstandsabkommen am 27. Juli 1953 (rechts General Nam Il).

spielen. Da in der Bundesrepublik die Wiederbewaffnung wenig populär war und die Hoffnungen der Bevölkerung sich auf eine baldige Wiedervereinigung richteten, hoffte Stalin mit SED-inszenierten Kampagnen für die nationale Einheit den politischen Kampf um Deutschland für sich zu entscheiden. Als es aber trotz größter Mühe nicht gelang, die westlich orientierte Regierung Adenauer durch eine Massenbewegung zu Fall zu bringen, wurde die Erfüllung des gesamtdeutschen Auftrags durch die DDR zweifelhaft.

Aufrüstung in der DDR

Dieser Kurswechsel wirkte sich zunächst auf die militärischen »Bereitschaften« aus, welche die Besatzungsmacht seit 1948 in der SBZ/DDR aufgebaut hatte. Diese Streitmacht, deren Stärke 1952 den Umfang von 58 000 Mann erreichte, war für Kleinkriegsoperationen vorbereitet worden. Im Wiedervereinigungsfalle nach Abzug

keit wurde. Zugleich erschien dem Kreml wegen der zu erwartenden Verstärkung der westlichen Kräfte durch westdeutsche Verbände eine Einbeziehung der DDR in die östliche Aufrüstung angebracht.

Seit spätestens November 1951 leitete die UdSSR den Umbau der Bereitschaften zu einer Koalitionsarmee mit Land-, See- und Luftstreitkräften im Umfang von 300 000 Mann ein, die in einem Krieg zwischen Ost und West verwendet werden konnte. Stalin, der nach außen hin stets um den Eindruck bemüht war, konfrontative Maßnahmen erst nach dem Westen zu ergreifen, erläuterte jedoch den SED-Führern sein Konzept erst unmittelbar nach Eintreffen des erwarteten westlichen Neins zu seinem mit einer gesamtdeutschen Neutralität verbundenen Friedensvertragsvorschlag in der Note vom 10. März 1952. Die ostdeutsche Kampagne für eine »Nationalarmee« der DDR setzte daher erst Anfang April ein. Ihr wurde die im September 1951 vom Kreml festgelegte Forderung der

ckg-images



(1890–1986) bei der Unterzeichnung des Abkommens. Rechts daneben der Verteidigungsminister und Marschall der Sowjetunion Georgij K. Schukow (1896–1974). Hinter Molotow die Vertreter der DDR, Walter Ulbricht und Generaloberst Willi Stoph (rechts daneben).

Note nach »nationalen Streitkräften« für (Gesamt-)Deutschland zu Grunde gelegt, deren Erfüllung wegen westlicher Verweigerung die DDR allein übernehmen müsse. Dem ostdeutschen Staat wurde damit die gleiche Rolle wie den »Volksdemokratien« zugewiesen; seine bisherige Sonderrolle war folglich beendet. Es war folgerichtig, dass Stalin die SED-Führer gleichzeitig zum Abrücken von der »antifaschistisch-demokratischen« Linie ermächtigte, die bis dahin die Fiktion aufrechterhalten hatte, in der DDR werde keine kommunistische Politik betrieben. Im Sommer 1952 folgten die Proklamie-

◀ Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt am 28. Januar 1956. Der Außenminister der Sowjetunion Wjatscheslaw Molotow

NATO

ckg-images



▲ Konferenz des Nordatlantik-Pakts (NATO-Rat) in Paris 1955.

Die NATO (North Atlantic Treaty Organisation bzw. Nordatlantikpakt-Organisation) ist ein militärisches Bündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten, das am 4. April 1949 durch die Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages in Washington gebildet wurde. Nach Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik Deutschland vier Tage später, am 9. Mai, Mitglied der NATO. In erster Linie verstand sich die NATO als Defensivbündnis gegen die sowjetische Bedrohung ohne automatische militärische Beistandspflicht einzelner Mitglieder und als Institution zur Bewahrung der westlich-liberalen Gesellschaftsordnung (politische, ökonomische, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und Anerkennung demokratischer Prinzipien) gegenüber dem sowjet-kommunistischen System. Auf Grund der veränderten geopolitischen Situation entschloss sich die NATO beginnend mit dem Washingtoner Gipfel 1999 zu einer Veränderung ihrer Konzeption, die u.a. die reine Verteidigungsfunktion durch die Möglichkeit zur Intervention im Falle von sicherheitsbedrohenden Krisen außerhalb des Bündnisgebietes ergänzte. Dieses war nötig geworden, da sich in der Zwischenzeit der Warschauer Pakt

aufgelöst hatte, zahlreiche nationale und lokale Krisen und Kriege am Rand des NATO-Gebietes entstanden und neue Herausforderungen durch die gestiegene Gefahr des internationalen Terrorismus seit September 2001 erwachsen.

Richard Göbelt

Warschauer Pakt

Der Warschauer Vertrag (Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand) vom 14. Mai 1955 regelte bis 1991 die militärische Zusammenarbeit des Ostblocks unter Führung der Sowjetunion. Die DDR gehörte zu den Gründungsmitgliedern des östlichen Verteidigungsbündnisses. Der Warschauer Vertrag war wie auch die NATO ein Ergebnis der seit 1947 zunehmenden Spannungen zwischen den westlichen Alliierten des Zweiten Weltkriegs und der Sowjetunion. Nach Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955, reagierte die Sowjetunion ihrerseits mit der Gründung eines eigenen Militärbündnisses gegen die NATO. Der eigentliche Zweck des Warschauer Paktes lag aber in der weiteren Verknüpfung der Ostblockstaaten und der Sicherstellung der sowjetischen Vormacht in Osteuropa. Mit den Anfängen der Spaltung des sozialistischen Lagers wandelte sich der Pakt unter dem sowjetischen Staatschef Leonid Breschnew (1906–1982) zu einem Instrument der Disziplinierung seiner Mitglieder (z.B. im »Prager Frühling« 1968). Nach Zusammenbruch des Ostblocks wurden die militärischen Strukturen am 31. März 1991, der Warschauer Vertrag selbst am 1. Juli 1991 offiziell aufgelöst. Nach dem Zerfall der UdSSR konstituierte sich auf Initiative der NATO am 20. Dezember 1991 der Nordatlantische Kooperationsrat (NACC), in dem ehemalige Staaten des Warschauer Paktes und NATO-Mitglieder eng zusammenarbeiteten. Ziel des NACC war die Realisierung der ausgehandelten Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen zu gewährleisten. 1997 wurde der NACC durch den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) ersetzt.



▲ Konferenz der UdSSR und ihrer Bündnispartner in Warschau, 11. bis 14. Mai 1955 (Abschluss des Warschauer Paktes zwischen Albanien, Bulgarien, DDR, Polen, Rumänien, UdSSR, ČSSR und Ungarn). Die Delegationen am Verhandlungstisch. Längsseite, mit dem Rücken zur Kamera die DDR-Unterhändler Walter Ulbricht und Otto Grotewohl.

Richard Göbelt

rung des uneingeschränkten »sozialistischen Aufbaus«, der Übergang zur vollen Unterdrückung sogenannter bürgerlicher Elemente und das offene Bekenntnis zu »nationalen Streitkräften«. Damit entfielen alle Rücksichten auf die westdeutsche Öffentlichkeit, die der Kreml bis dahin im Blick auf das Ziel der deutschen Einheit genommen hatte.

Von der – faktisch durchgeführten – Aufstellung »nationaler Streitkräfte« durfte freilich noch keine Rede sein, denn der Westen sollte nach außen hin den ersten Schritt tun. Der Umbau von einer kleinen Bürgerkriegs- zu einer großen Koalitionsarmee war aber in vollem Gang; er erfolgte unter der Bezeichnung »Kasernierte Volkspolizei« (KVP). Erst wenn die Westverträge über den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik in Kraft traten (was bald erwartet wurde), sollte der Aufbau der Streitkräfte öffentlich gemacht werden. Im Westen verzögerte sich die – von allen beteiligten Regierungen geforderte – Ratifizierung der Verträge. Ende

August 1954 schließlich gab die französische Nationalversammlung ein negatives Votum ab und brachte damit die ursprünglich geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu Fall (siehe **Militärsgeschichte 2/2004**). Innerhalb von weniger als zwei Monaten jedoch vereinbarten die Westmächte als Alternativregelung den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO. Frankreich stimmte unter dem Druck der Verbündeten zu. Am 5. Mai 1955 – fast drei Jahre nach dem ersten Vertragsabschluss – traten die neuen Abkommen in Kraft.

Gründung des Warschauer Paktes

Nachdem sich die westlichen Staaten im Oktober 1954 überraschend schnell geeinigt hatten, veranlasste der Kreml die sozialistischen Staaten im folgenden Monat zu einem Plädoyer für eine Regelung, die auf Prinzipien einer »europäischen Sicherheit« beruhe.

Diese wurde angeblich durch das westliche Vorgehen bedroht. In den folgenden Monaten arbeitete man ein entsprechendes Konzept aus, das nach Inkrafttreten der Westverträge, am 14. Mai 1955, zur Grundlage der Konstituierung des Warschauer Paktes wurde. Die »Volksdemokratien« unterstellten ihre Truppen einem Vereinten Kommando, dessen operative Führungsfunktionen allein in der Hand sowjetischer Militärs lagen. Um der amtlichen Fiktion zu genügen, dass die DDR noch keine Streitkräfte besitze, wurde deren Beteiligung einer späteren Regelung vorbehalten. Nach einer Frist, in der die ostdeutschen Verbände vorgeblich erst aufgestellt wurden, verabschiedete die DDR-Volkskammer am 18. Januar 1956 ein Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und eines Ministeriums für Nationale Verteidigung. Auf der folgenden Tagung des Warschauer Paktes in Prag am 27./28. Januar wurde die militärische Eingliederung der DDR dann förmlich beschlossen.

■ Gerhard Wettig



Foto: Peter Rathy/Bremer Tageszeitungen AG

Krawalle am Weserstadion

Das Bremer Gelöbnis vom 6. Mai 1980

Am 6. Mai 1980 plante die Bundesrepublik Deutschland den 25. Jahrestag des Beitritts zur NATO feierlich zu begehen. Bundespräsident Karl Carstens wollte dazu das feierliche Gelöbnis mit Großem Zapfenstreich (dabei über 1200 Rekruten der 11. Panzergrandierdivision) gern in seiner Heimatstadt Bremen sehen; der Bremer SPD-Bürgermeister Hans Koschnick kam der Bitte des Bundesverteidigungsministeriums gern nach und sprach die Einladung aus.

Gegen das Gelöbnis wurden schnell Stimmen laut. Die GRÜNEN, kommunistische Gruppierungen, kirchliche Gruppen (darunter 53 Pastoren) und selbst der Unterbezirk-Ost der Bremer SPD machten ihren Unmut schon im Vorfeld Luft. Es fielen Begriffe wie »unzeitgemäßes Brimborium« und »überflüssiges Säbelrasseln«. Das veranlasste den Verteidigungsminister Hans Apel an die örtliche SPD ein Fernschreiben zu schicken:

»Jede Demonstration gegen diese Veranstaltung verkennt ihren Charakter. Es handelt sich keineswegs um eine martialische

Demonstration, sondern um eine Stunde, die unterstreicht, dass Wehrdienst Friedensdienst ist. Wir können unsere Friedens- und Entspannungspolitik nur auf der Basis unserer festen Verankerung im westlichen Bündnis und dem Gleichgewicht der Kräfte sichern und fortsetzen.«

»Ein Kradmelder von mir geriet bei einer Erkundungsfahrt in die Demonstration. Er wurde angehalten, sein Krad umgeworfen, später angezündet. Er konnte sich durch Gärten bzw. Häuser absetzen und kehrte zu Fuß zurück.«

*Ekkehard Falz
(damals Oberleutnant und
Zugführer)*

Apel befand sich in der schwierigen Lage, auf der einen Seite der verantwortliche Ressortminister zu sein und andererseits, seiner Partei und ihren kritischen Strömungen gerecht zu werden. Auch war die von Bürgermeister Koschnick ausgesprochene Einladung offenbar nicht vom gesamten Bremer Senat getragen worden. Der damalige Senator für Jugend und Soziales Henning Scherf geriet später als angeblicher Befürworter und Förderer der Demonstration in das Kreuzfeuer der Kritik der CDU/CSU-Opposition.

Nur 1000 Demonstranten waren gegen 17.00 Uhr am genehmigten Platz 500 Meter vom Weserstadion erschienen; weitaus mehr, fast 10 000, bewegten sich aber daran vorbei auf das Stadion zu, darunter ein »harter Kern« von 200–1000 »Polit-Rockern«, Mitgliedern von K-Gruppen und Sympathisanten der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF). Der öffentlich-recht-

Zerstört: Fahrzeuge der Bundeswehr

»Die Ereignisse waren 1980 so schwerwiegend und bedeutsam, so dass ich sowohl in einem Untersuchungsausschuss des Bremer Senats als auch des Bundestages als Zeuge aussagen musste. Feldjäger wurden in keiner Weise belastet. Es gab keine Vorwürfe unrechtmäßigen Handelns.«

*Rolf Diez
(damals Oberleutnant und
Kommandeur des
Feldjägerbataillons 720)*

liche Sender Radio Bremen erweckte mit seiner zeitgleich ausgestrahlten Sendung »Großer Popkarton« sogar den Eindruck der einseitigen Agitation gegen das Gelöbnis, was später vom Rundfunkrat gerügt wurde.

Die Sicherheitsaufgaben während des Gelöbnisses waren wie üblich verteilt worden. Im Inneren des Weserstadions hatte die Bundeswehr das Hausrecht und die Feldjägertruppe sicherte die Veranstaltung ab 20.00 Uhr so ab, dass sie im Wesentlichen störungsfrei ablief. Selbst drei Gruppen mit insgesamt 180 Störern im Stadion wurden schnell durch Feldjägerkräfte entfernt. Die Ausrüstung entsprach dem Sicherheitsdenken der Zeit, so trugen die Feldjäger den Großen Dienstanzug mit »Weißzeug«, einen nur 30 cm langen Schlagstock und ein Paar Handschellen. Vor dem Stadion hatte jedoch die Bremer Polizei, die von Polizisten aus Niedersachsen verstärkt worden war, die Gewalttäter unter den Demonstranten zu bekämpfen und war mit Helm und kleinem Rundschild nur etwas besser ausgerüstet. Insgesamt wurden 257 Polizisten aus Bremen und

»Die Auswirkungen wurden im Stadion durch einen erheblichen Lärmpegel durch Sprechchöre und durch die Signalhörner der Einsatz- und Rettungsfahrzeuge wahrgenommen. In der Nähe der Stadionumzäunung mischte sich noch ein gespenstisches Geräusch dazu, das entstand, wenn die geworfenen Pflastersteine gegen die Stadionpforten schlugen.«

*Wolfgang Grabl
(damals Feldwebel in der
Einsatzleitung)*

»Wir mussten mit ansehen, wie junge Polizeibeamte mit herausgerissenen Pflastersteinen, Brandsätzen und weiteren Gegenständen beworfen und teilweise erheblich verletzt wurden.

Man konnte in den Gesichtern der noch jungen Beamten auch die Angst erkennen. Auch wir eingesetzten Soldaten hätten die Beamten gerne unterstützt, aber das lies unser Auftrag nicht zu.«

*Friedrich Dübbel
(damals Oberfeldwebel und
Streifenführer)*

Niedersachsen (vor allem durch Pflastersteine und Molotow-Cocktails) verletzt. Gegen Beobachtungshubschrauber setzten Demonstranten erfolglos sogar Signalmunition und Luftballon-»Trauben« ein. Drei Soldaten wurden im Außenbereich des Stadions verletzt (Prellungen wurden nicht gezählt), aber auch zahlreiche Demonstranten trugen Verletzungen davon.

Nach Ende der Veranstaltung gegen 22.00 Uhr wurden die hochrangigen Gäste per Hubschrauber ausgeflogen. Die Demonstranten verließen den Bereich vor dem Stadion oder wurden von der Polizei in die Innenstadt gedrängt. Zurück im Stadion blieben

»Es wurden Autos und Motorräder ... angezündet und teilweise die Insassen der Fahrzeuge verprügelt. Einem Unteroffizier wurde die Mütze vom Kopf gerissen, mit einer Stange auf den Kopf geschlagen und die Mütze wieder aufgesetzt. Er blutete stark.«

*Horst Heinrichs
(damals Oberfeldwebel und
Streifenführer)*

schließlich die über 1200 Rekruten mit ihren Vorgesetzten und warteten bis Mitternacht auf den Abtransport.

Sieben Fahrzeuge der Bundeswehr wurden während der Ausschreitungen zerstört, 15 Polizeiwagen und zahlreiche Zivilfahrzeuge beschädigt. Der Sachschaden betrug eine Million DM.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag Herbert Wehner sprach unmittelbar nach den Vorfällen versöhnende Worte und bat um »Verzeihung, dass Soldaten und Offiziere der Bundeswehr durch Akte beleidigt und bedrängt worden sind, die unserem demokratischen Gemeinwesen unwürdig sind.« Nach einem Untersuchungsausschuss der Bremer Bürgerschaft beschäftigte sich ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages unter dem Vorsitz von Manfred Wörner (CDU) und Winfried Penner (SPD) noch bis August mit den Bremer Krawallen. Die Vorgänge wurden allerdings nicht zum Thema der bevorstehenden Bundestagswahlen gemacht. Bei den Soldaten der Bundeswehr haben diese Ereignisse jedoch einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Heiner Bröckermann



▲ Henning Scherf vor dem Bremer Untersuchungsausschuss

»Es hat mir zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingebracht, heftige Vorwürfe, harsche Rücktrittsforderungen der Opposition und eine Menge kritischer Fragen auch von den eigenen Leuten: Ja, ich war da am 6. Mai 1980, mitten zwischen den Demonstranten – friedliche und Steinwerfer – auf dem Bremer Osterdeich, während direkt nebenan im Bremer Weserstadion gut 1000 junge Rekruten ihren Eid ablekten und der Bundespräsident, der Bundesverteidigungsminister und auch meine Kollegen im Bremer Senat des 25. Jahrestags des Nato-Beitritts gedachten.

Ich war junger Senator in Bremen – zuständig auch für Jugend und Jugendpolitik. Ich hatte es mir genau überlegt, ich hatte mir etwas vorgenommen, ich hatte für mich abgewogen: Was ist meine Aufgabe? Was ist meine Rolle an diesem Tag? Und ich war zu einem Ergebnis gekommen: Ich wollte helfen, die befürchtete Gewalt auf Seiten der Demonstranten zu verhindern. Ich wollte im direkten Gespräch vermitteln und einen Beitrag leisten zur Deeskalation, ich wollte dafür werben, auf Dialog zu setzen statt auf Pflastersteine und Molotow-Cocktails. Ich räume ein, ich – und viele andere, die die gleiche Idee an diesem Tag auf den Bremer Osterdeich getrieben hatte, haben dieses Ziel nicht erreicht: Es flogen Steine, es brannten Autoreifen, es gab Verletzte. Spät in der Nacht bin ich gegangen. Enttäuscht, nachdenklich und auch ein bisschen traurig.

Manche haben mich damals trotzdem verstanden und sich für mich eingesetzt – auch wenn mein Einsatz und mein Vorsatz an diesem Abend am Ende gescheitert sind – leider. Einer hieß Gerd Schröder, damals Juso-Bundesvorsitzender. Ich bekenne gerne. Das hat mit gut getan, und ich war und bin ihm dankbar dafür.

Ein paar Rowdies konnte ich den Stein direkt aus der Hand nehmen, mit vielen reden, manche abhalten von Gewalt. Alle nicht. Bei weitem nicht.

Vielleicht ist aus heutiger Sicht nicht leicht verständlich, was mich damals umgetrieben hat. Aber man muss sich klar machen: Der Riss ging mitten durch die Stadt. Kirchen, Gewerkschafter, viele, die Aufgabe und Arbeit der Bundeswehr mit Respekt und Anerkennung begleiteten, sagten damals: Nein, das ist die falsche Form, sie integriert nicht, sie polarisiert. Es bringt Bürger in und ohne Uniform nicht zueinander, wenn wir durch Polizeibeamte, Wasserwerfer und Natodraht eine Trennungslinie ziehen und bewachen müssen. Und: In einer lebendigen Demokratie können wir es nicht allein der Polizei überlassen, ein solches öffentliches Gelöbnis zu schützen. Wir müssen als Demokraten zivilgesellschaftliche Brücken bauen und Dialoge stiften, um diesen Riss zu überwinden und zu schließen.

Vieles hat sich inzwischen geändert. Die Bundeswehr. Ihr Bild in der Öffentlichkeit. Wir haben den Kalten Krieg überwunden. Wir haben deutsche Soldaten erlebt als hoch geschätzte Helfer bei der Flutopferhilfe im Oderbruch oder an der Elbe, als humanitäre Helfer im Kosovo oder in Afghanistan. Und ich habe mich auch verändert. Wir sind unaufgeregter und selbstverständlicher geworden im Umgang miteinander. Ich bin gerne Gastgeber der Bundeswehr bei ihrem alljährlichen Neujahrsempfang im Bremer Rathaus. Und bei einer Rekrutenvereidigung habe ich auch längst die Ansprache an die jungen Soldaten gehalten. Auf dem Gelände der Marineoperationsschule in Bremerhaven. Ein guter und angemessener Platz war das und eine friedliche Veranstaltung. Eltern, Großeltern, Geschwister der jungen Rekruten und viele Bremerhaverinnen und Bremerhaver waren dabei. Und alle haben gespürt: Für sie Frieden zu bewahren – das ist die Aufgabe der Bundeswehr.«

Bürgermeister Dr. Henning Scherf (damals Senator für Jugend und Soziales)

CD / Faksimile

Tondokumente zur deutschen Geschichte

Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv DRA (Hrsg.), Tondokumente zur deutschen Geschichte, Archiv-Verlag, Braunschweig 2004. 1 Ton-CD mit Albumblättern und Faksimiledrucken; Subskriptionspreis der ersten Lieferung 9,90 Euro, danach 19,90 Euro



Passend zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges stellen der Archiv-Verlag und das Deutsche Rundfunkarchiv DRA mit der Startlieferung »Kriegsende 1945« ein neues Sammelwerk vor. Neben der bekannten handwerklichen Expertise des Archiv-Verlages für Faksimiles (originalgetreue Reproduktionen historischer Dokumente) konnte mit dem Deutschen Rundfunkarchiv eine Institution gewonnen werden, die aus ihrem reichhaltigen Quellenbestand eine überzeugende Auswahl von neuen und »klassischen« Tonaufnahmen des Jahres 1945 präsentierte.

Der Nachdruck eines Maueranschlags mit »Führerbefehl« und ein Flugblatt der Roten Armee stehen für die unterschiedlichen Botschaften und Drohungen, der die Bevölkerung in

Deutschland am Ende des Krieges ausgesetzt waren. Die unter US-amerikanischer Kontrolle stehende »Frankfurter Presse« verkündete den Tod Adolf Hitlers und in kleinen Notizen erkennt man, wie schnell das normale Leben mit Religionsfreiheit, Sparkassenöffnungen und Straßenumbenennungen wieder begann. Der Abdruck des Tagesbefehls und Aufrufs (dazu auch als Tondokument) des Großadmirals Karl Dönitz vom 1. Mai 1945 zeigt dessen absolute Ergebnisse selbst nach dem Tod Hitlers und wie mit der Propaganda vom Fortsetzen des »Kampfes gegen den Bolschewismus« und der Rettung von Flüchtlingen eine langanhaltende Nachkriegslegende um seine Person entstanden ist.

Die Kapitulationsurkunden von Reims und Berlin-Karlshorst rufen dagegen Erstaunen hervor, wegen ihrer Einfachheit und Kürze, mit der der Weltkrieg in Europa beendet wurde. Ein Faksimile eines alliierten Mitteilungsblattes vom 9. Mai 1945 vermeldet in diesem Zusammenhang die deutsche Kapitulation.

Die beigelegte CD versucht ebenfalls verschiedene Aspekte des Kriegsendes 1945 wiederzugeben. Die Tondokumente wurden hierbei vom DRA sorgfältig technisch bearbeitet, so dass kein Rauschen das Verstehen unmöglich macht und trotzdem die Authentizität erhalten blieb. Die am Anfang stehende Silvesteransprache Hitlers vom 31.12.1944 ist eher unbekannt, aber in Ihrem Bezug zum Attentat des 20. Juli interessant. Ein Frontbericht und die Aufnahme einer Zeugin des Bombenangriffs auf Dresden stehen danach für Aspekte des Kriegserlebens. Propagandasendungen von beiden Seiten folgt ein Aufruf von Propagandaminister Josef Goebbels. Fanatismus, hohle Phrasen und die gespenstische Atmosphäre der letzten Tage des Dritten Reiches werden dabei durch die im Hintergrund zu hörenden Explosionen in ihrer Absurdität noch deutlicher.

Jubelszenen mit den Reden von Churchill, Truman, de Gaulle und Stalin lassen die Euphorie der Tage des Sieges in Europa deutlich werden. Dass es damals einen Unterschied zwischen Befreierten und Besiegten gab, macht

dann zusätzlich der letzte Wehrmachtbericht des Krieges vom 9. Mai 1945 deutlich. Schon die Sendung der einleitenden Erkennungsmelodie des Deutschland-Senders, das Lied »Üb' immer Treu und Redlichkeit«, war an sich reiner Hohn und stellte einen propagandistischen Bezug her zur Anfangsphase der NS-Herrschaft mit dem inszenierten »Tag von Potsdam« am 21. März 1933. Das berühmte Glockenspiel der dortigen Garnisonkirche gab es seit einem Bombenangriff auf Potsdam nicht



mehr. Und während der letzte Wehrmachtbericht vom 9. Mai 1945 mit den Begriffen »heldenhaft« und »ehrenvoll« den Kampf der Wehrmacht im Eindruck der Niederlage beschrieben hatte, setzte die danach auf der CD präsentierte Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 aus der Perspektive des Zeitzeugen und des erfahrenen Staatsmannes Maßstäbe bis heute:

»Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn? Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft. Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg



führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.«

Der begleitende Text der Edition hat es schwer, auf dem knappem Raum des Albumblatts eine befriedigende Kommentierung zu leisten. Hier wird es für die Herausgeber in Zukunft noch darauf ankommen, der Qualität der Tondokumente und Faksimiles angemessene Fachautoren zu gewinnen. Für weitere Ausgaben der Reihe bietet sich die breite Palette der historischen Ereignisse und Strömungen des 20. Jahrhunderts vom Kaiserreich über die »Goldenen Zwanziger Jahre« bis zur jüngsten Zeitgeschichte an. Zunächst ist die Reihe der Tondokumente mit 36 Lieferungen geplant.

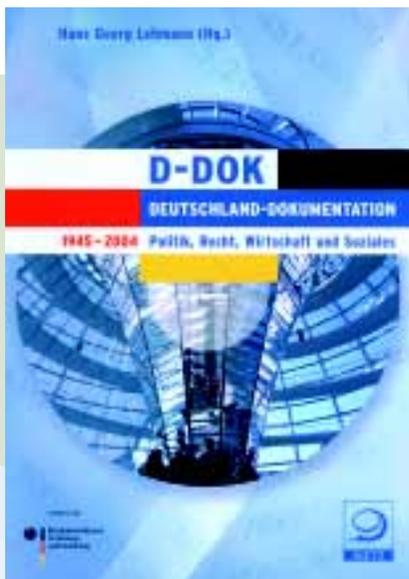
hb



D-DOK

Hans Georg Lehmann (Hrsg.), D-DOK. Deutschland-Dokumentation. 1945-2004. Politik, Recht, Wirtschaft und Soziales, Bonn 2004. ISBN 3-8012-0342-5; 49,80 Euro

Diese wohl umfassendste Dokumentation deutscher Geschichte auf einer DVD bietet eine breite Quellenbasis für den historisch Interessierten und Dozenten für Politik und Geschichte. Die einfache und dabei durchaus präzise anwendbare Such-



maske ermöglicht das Auffinden der Quellen aus über 100 000 Texten, Daten, Ton- und Bilddokumenten. 21 thematische Gruppen und die Sortierung nach Jahreszahlen von 1945 bis 2004 ermöglichen darüber hinaus eine besondere thematische oder chronologische Sortierung. Die Texte können durchgängig mit Hilfe des Programms Acrobat Reader aufgerufen werden. Die Inhalte von Tondokumenten wie zum Beispiel der Rundfunkrede Adolf Hitlers zum 30. Januar 1945 oder der Antrittsrede des NATO-Generalsekretärs de Hoop Scheffer aus dem Jahre 2004 lassen sich auch mit Hilfe der verfügbaren Textversionen besser verfolgen. Schade, dass es noch nicht möglich war, Filmsequenzen in die DVD aufzunehmen. Jährliche Aktualisierungen sind jedoch geplant.

hb

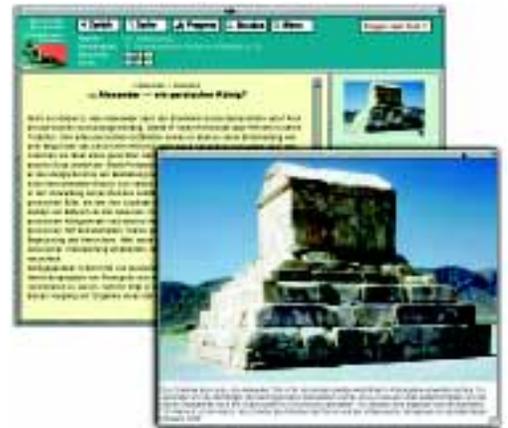


Geschichte der Antike

Beat Näf (Hrsg.), Geschichte der Antike. Ein multimedialer Grundkurs, Stuttgart 2004. ISBN 3-476-02007-X; 19,95 Euro



Der multimediale Grundkurs richtet sich vor allem an Lernende und Lehrende der Antiken Geschichte. Auch ohne das begleitende gleichnamige Lehrbuch von Hans-Joachim Gehrke und Helmuth Schneider bietet die CD-ROM eine kompakte bebilderte Lernhilfe für die Antike. Nach einer allgemeinen Einleitung zur Antiken Geschichte wird der Lerninhalt nach folgenden Gebieten gegliedert: Orient, Griechische Geschichte, Hellenismus, Römische Geschichte und Spätantike. Militärhistorische Themen werden dabei nicht



besonders behandelt, sondern im Kontext der Ereignisgeschichte genannt. Vorteil der Texte ist deren Kürze und Prägnanz. Zu allen Kapiteln gibt es wissenschaftliche Literaturverweise und Lernfragen. Wenige Animationen, aber viele farbige Bilder und Grafiken verdeutlichen die ausgewählten Inhalte. Auszüge der Schriften der antiken Schriftsteller werden in der Originalsprache akustisch präsentiert, allerdings ohne eine Übersetzung. Alles in allem mehr eine CD für den besonders an der Antike Interessierten.

hb



Rede zum 8. Mai 1985

www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlhist/dok26.html



Die Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist selbst 20 Jahre später noch eine viel zitierte Quelle in der historisch-politischen Auseinandersetzung mit dem Ende des Dritten Reiches. Der Bundestag stellt die Rede ungekürzt auf seiner Website zur Verfügung.

hb

Alexander der Große

Claude Mossé,
Alexander der Große.
Leben und Legende,
Düsseldorf 2004.
ISBN 3-7608-2305-X;
276 S.,
28,00 €



Nur wenige Persönlichkeiten der Antike sind in der Welt des 21. Jahrhunderts noch so präsent wie der Makedonenherrscher Alexander der Große. Dafür sorgte nicht zuletzt der im vergangenen Jahr produzierte Hollywoodfilm »Alexander«, der allein in Deutschland in nur elf Tagen über 600 000 Besucher in die Kinos lockte.

Stand in der Geschichtsschreibung bisher die Darstellung der militärischen Leistungen Alexanders im Vordergrund, fokussiert sich in neueren Veröffentlichungen das wissenschaftliche Interesse zunehmend auf eine Betrachtung und Analyse der ambivalenten Persönlichkeit Alexanders.

Claude Mossé greift die Tendenz der gegenwärtigen Forschung auf und thematisiert zusätzlich die historische Wirkung Alexanders in dem Bemühen, ihn als Menschen in seiner Zeit begreiflich zu machen. Zudem verdeutlicht sie die unterschiedlichen Rollen, die er im Verlauf seines kurzen Lebens verkörperte.

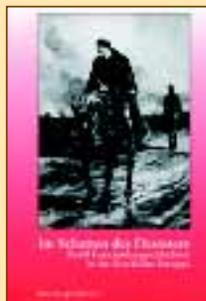
Die mit einem umfangreichen Anhang versehene Publikation beschränkt sich auf einen kurzen Abriss der militärischen Operationen Alexanders und zeigt vor allem die religiösen und politischen Einflüsse, die auf das von Alexander beherrschte Großreich und auf die nachfolgenden Diadochenreiche wirkten. In ihrer fundierten Biographie gelingt es Mossé, den »Mythos Alexander« und seine Entwicklung ausführlich und analysierend darzustellen, so dass das Buch für Fachleute und Laien gleichermaßen interessant ist.

Julian-André Finke

Entscheidungsschlachten

Einen Überblick auf 2500 Jahre europäische Kriegsgeschichte bietet der Militärhistoriker Klaus-Jürgen Bremm in einem Band. Von der Seeschlacht bei Salamis (480 v. Chr.) über die Schlachten von Zama (202 v. Chr.) und Alesia (52 v. Chr.) reicht das Spektrum der zwölf Fallstudien bis Königgrätz 1866 und zu den Ardennen 1944. Neben berühmten Schlachten wie der auf dem Lechfeld 955 ist die mittelalterliche Kriegführung auch mit den weniger bekannten Schlachten von Mantzikert 1071 und Tagliacozzo 1268 vertreten. Die Napoleonische Ära wiederum enthält die Schlachten von Trafalgar und Waterloo, während für die Neuzeit die zweite Türkenbelagerung von Wien 1683 und die Niederlage Schwedens bei Poltawa (1709) die Auswahl abrunden.

Klaus-Jürgen Bremm,
Im Schatten
des Desasters.
Zwölf Entscheidungsschlachten in der
Geschichte Europas,
Norderstedt 2003.
ISBN 3-833-4045-82;
328 S.,
32,00 €



Sehr verständlich erörtert der Autor in den ausreichend mit Karten und Abbildungen versehenen Kapiteln nicht nur die militärischen Gesichtspunkte der Auseinandersetzungen, sondern ordnet sie auch in die langfristigen Konflikte ein. Erfreulich ist, dass jedes Kapitel mit einem Exkurs versehen ist, in dem wichtige Waffensysteme oder militärische Neuerungen der jeweiligen Epoche erörtert werden. Zu erwähnen sind hier Beiträge über die antike Seekriegführung mit Triern oder als Exkurs zur Ardennenschlacht ein Abriss der Geschichte der deutschen Panzerwaffe von 1916 bis 1945. Der Band ist jedem an der Militärgeschichte interessierten Leser uneingeschränkt zu empfehlen, auch wenn der stattliche Preis eine bessere Qualität der Abbildungen hätte erwarten lassen können.

Hans-Hubertus Mack

Marine auf der Donau

Österreich-Ungarns Marine hinterlässt bis heute Spuren. Prasky stellt mit seinem Buch die zu Unrecht oft vernachlässigten Flusstreitkräfte der k.u.k. Monarchie in den Focus. Ihr Haupteinsatzmittel waren die Monitore. Diese Einheiten, sind gepanzerte Flusskampfschiffe mit niedrigem Tiefgang. Ihr Haupteinsatzgebiet war das Flusssystem der Donau.



Friedrich Prasky,
Die Donaumonitore Österreich-Ungarns. Von
1872 bis zur Gegenwart, Wien, Graz 2004.
ISBN 3-7083-0124-2; 222 S., 64,00 €

Um dem Leser diese Welt näher zu bringen, geht Prasky in drei Hauptabschnitten vor, die er mit einigen Ergänzungen schließlich abrundet. Im ersten Teil bettet er die Entwicklung der Monitore in die Geschichte der k.u.k. Flusstreitkräfte vor 1914 ein. Im zweiten Schritt geht er auf die Bewährung der Flusstreitkräfte im Ersten Weltkrieg ein. Im letzten Großkapitel zieht er dann die Verbindung vom Ende dieses Krieges in die Gegenwart. Er stellt die Schicksale dieser Monitore nach 1918 dar und beschreibt die Folgen, welche die österreichisch-ungarischen Kriegserfahrungen beim Bau und Einsatz von Flusskampfschiffen zeitigt haben. Am Ende des Buches finden sich noch Hinweise für Modellbauer.

Aus der deutschen Perspektive sind besonders die Berührungspunkte der Donauflotte mit deutschen Truppen während des Ersten Weltkrieges interessant. Bedeutungsvoll war die Unterstützung bei zwei Unternehmen dieses Krieges. Zum einen war das der unter dem Oberbefehl des deutschen Generalfeldmarschalls von Mackensen gestartete Feldzug gegen Serbien 1915.

Hier spielten die Flusskampfschiffe eine wichtige Rolle beim Erzwingen des Donau- bzw. Save-Übergangs vor Belgrad. Zum anderen war das 1916 während des Rumänien-Feldzuges. In dem sie die rumänische Kriegsbrücke über die Donau bei Rjahovo zerstörten, verhinderten sie einen Entlastungsangriff für die bedrängte rumänische Dobrudscha-Armee. Im Gegenzug sicherten die Monitore Ende November 1916 den Donauübergang der Mittelmächte, die anschließend zum entscheidenden Schlag gegen die rumänische Hauptstadt Bukarest ansetzen sollten. Neben diesen Großereignissen waren die Monitore aber auch an vielen, kleineren Aktionen beteiligt. Ende Oktober 1915 geleiteten sie z.B. dringend benötigte Munition für die beiden in türkischen Diensten stehenden deutschen Schiffe SMS GOEBEN und SMS BRESLAU die Donau hinab. Sie kooperierten mit der ab 1916 existierenden »Kaiserlich deutschen Motorbootflottille auf der Donau«. Gegen Ende des Krieges sorgten die Flusskampfschiffe, nach einer Verlegung über das Schwarze Meer, auf den Flüssen der Ukraine dafür, dass die in Deutschland und Österreich-Ungarn so dringend gebrauchten Getreidelieferungen gesichert wurden.

Hier liegt ein sauber recherchiertes Buch vor, das einen Sachverhalt auf einer breiten Grundlage, interessant und gut illustriert darstellt und dabei auch noch vergnüglich zu lesen ist.

Rüdiger Schiel

Militärmissionen

Nach »Kundschafter a.D.« legt Klaus Behling mit »Spionen in Uniform« ein weiteres Buch über das Geschäft der »Schlapphüte« vor. Der Autor selbst war in den 1970er Jahren als Diplomat für die DDR in Kambodscha und Laos, in den 1980er Jahren als Kulturattaché in Rumänien tätig. Vor diesem beruflichen Hintergrund, sich zudem auf Akten stützend und auch auf Zeitzeugenaussagen berufend, entwirft Behling ein Bild von beinahe in Vergessenheit geratenen Organisationen auf deutschem Boden zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes: die Alliierten Militärmissionen. Diese wurden auf-



Klaus Behling,
Spione in Uniform. Die alliierten
Militärmissionen in Deutschland,
Stuttgart, Leipzig 2004.
ISBN 3-89850-121-3;
328 S., 19,90 €

grund bilateraler Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten 1946/47 gegründet und sollten den Interzonenkontakt der militärisch geführten Besatzungsmächte erleichtern. Die Angehörigen der Militärmissionen hatten das Recht sich in den jeweiligen Gebieten der Besatzungsmächte aufzuhalten, was sie für »legale« Spionagetätigkeiten prädestinierte.

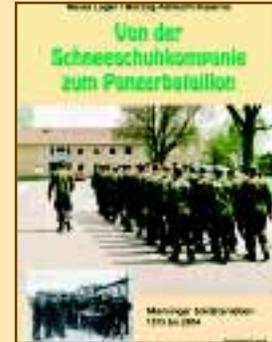
Die Stärke dieses Buches liegt für den Laien in der ausgewogenen Betrachtung von Ost und West. Es veranschaulicht, über welche Sonderrechte die Besatzungsmächte in beiden deutschen Staaten verfügten. Behling skizziert zunächst informativ die organisatorische Entwicklung hin zu den Alliierten Militärmissionen Ende der 1940er Jahre und beleuchtet sodann die Einsätze der »Russen im Westen« und der »Amerikaner, Briten und Franzosen im Osten« bis in die Zeit der politischen Wende. Der hierbei gewählte Erzählstil in Krimiart ist dem Genre durchaus angepasst.

Thorsten Loch

Standortchronik Münsingen

Eines haben General Wolfgang Schneiderhan, Bundespräsident Horst Köhler und Schlagersänger Bernd Klüver gemeinsam. Sie haben die Garnisonsstadt Münsingen als Soldat erlebt. Die Geschichte des Truppenübungsplatzes ist bereits akribisch in dem von Erich Schraml herausgege-

ben Band »100 Jahre Truppenübungsplatz Münsingen 1895–1995, Münsingen 1995« und sogar aus wissenschaftlicher Perspektive »Vom Nutzwald zum Truppenübungsplatz: Das Münsinger Hart, hrsg. von Roland Deigendesch und Sönke Lorenz, Leinfelden-Echterdingen 1998« dargestellt worden. Damit dürfte Münsingen einer der am besten erforschten Übungsplätze sein. Dagegen stellte die Beschreibung der



Joachim Lenk, Von der Schneeschuhkompanie zum Panzerbataillon. Münsinger Soldatenleben 1915 bis 2004, Münsingen 2004.
ISBN 3-9805531-8-3; 120 S., 19,90 €

Bundeswehrzeit an diesem Traditionsstandort mindestens für alle Ehemaligen, die die besonderen klimatischen und kulturellen Eigenarten der mittleren Alb erleben durften, einen langgehegten Wunsch dar.

Im Mittelpunkt des neuen Bandes des Münsinger Journalisten und Reserveoffiziers Joachim Lenk stehen das Neue Lager (Herzog-Albrecht-Kaserne) und die dortigen ehemaligen Bundeswehrverbände. Nach einem allgemeinen Überblick über die Geschichte am Standort Münsingen von 1915 bis 2004 werden die dort stationierten Bataillone genauer beschrieben. Der Text des Buches hat überwiegend den Charakter einer chronologischen Auflistung. Leider fehlt darin aber ein Personen- und Sachregister. Mehr als entschädigt wird der Leser allerdings durch die reichhaltigen und sehenswerten Abbildungen, die die ganze Bandbreite des soldatischen Lebens in und mit der Garnison dokumentieren. Trotz kleinerer Mängel ein Buch, das für so manche Chronik als Vorbild dienen kann und verstehen lässt, warum mit Wehmut auf diese verloren gegangene Traditionsgarnison der Bundeswehr geschaut wird.

hb

• **Berlin**

Am Ende des Tunnels kein Licht. Sonderausstellung der KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ
Luftwaffenmuseum der Bundeswehr
Groß Glienicker Weg
14089 Berlin-Gatow
Telefon: (0 30) 8 11 07 69
Telefax: (0 30) 36 43 11 98
www.luftwaffenmuseum.de
e-mail: info@luftwaffenmuseum.de
Dienstag bis Sonntag
9.00 bis 17.00 Uhr



(letzter Einlaß
16.00 Uhr)
**22. April bis
28. August 2005**
Verkehrsanhänger:
Eingang
über
Ritterfelddamm/
Am Flugplatz
Gatow

**Spandau 1945 –
Ende und Anfang
1945 – Krieg und Frieden**



Stadtgeschichtliches
Museum Spandau
im Zeughaus der
Zitadelle Spandau
Straße am Juliusturm
13599 Berlin
Telefon: (0 30) 3 39 12 64
Telefax: (0 30) 3 39 12 96
Dienstag bis Freitag
9.00 bis 17.00 Uhr
Samstag und Sonntag
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 2,50 Euro
ermäßigt: 1,50 Euro
**2. Mai bis
31. August 2000**

• **Bremen**

**Herero – (un)sichtbare
Spuren eines Krieges im
Museum**
Übersee-Museum Bremen
Bahnhofstraße 13
28195 Bremen
Telefon: (04 21) 16 03 81 01
Telefax: (04 21) 1 60 38 99
e-mail: office@uebersee-museum.de
Dienstag bis Freitag
9.00 bis 18.00 Uhr
Samstag und Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 6,00 Euro
ermäßigt: 4,00 Euro
**14. Oktober 2004 bis
31. Juli 2005**
Verkehrsverbindungen:
direkt am Hauptbahnhof
gelegen

• **Dresden**

Sachsen im Bombenkrieg
Militärhistorisches Museum
Olbrichtplatz 3
01099 Dresden
Telefon:
(0351) 82 30
Telefax:
(0351) 8 23 28 05
e-mail: MilHistMuseumBwEingang@bundeswehr.org
www.MilHistMuseum.de
Dienstag bis Sonntag
09.00 bis 17.00 Uhr
**4. Februar bis
30. September 2005**
Verkehrsanhänger:
Parkplatz am Museum, öffent-
liche Verkehrsmittel: Linien 7,
8, 91 bis Haltestelle »Militär-
historisches Museum«

• **Gotha**

**Mit Gott für Fürst und
Vaterland – Das Militär
der Mitteldeutschen
Kleinstaaten im
19. Jahrhundert**
Museum für
Regionalgeschichte
Schloss Friedenstein - ⇨

Ausstellungshalle
99867 Gotha
Telefon: (0 36 21) 8 23 40
Telefax: (0 36 21) 82 34 19
e-mail: vorstand@stiftungfriedenstein.de
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 16.00 Uhr
**30. April bis
30. Oktober 2005**
Verkehrsanhänger:
Das Schloss befindet sich
unmittelbar im Stadtzentrum
von Gotha

• **Magdeburg**

**Magdeburg 1200 –
Mittelalterliche Metropole,
Preußische Festung,
Landeshauptstadt – Die
Geschichte der Stadt von
805 bis 2005**
(in Verbindung mit der
internationalen Fachtagung
»Erhalt und Nutzung
historischer Großfestungen
des 19. Jahrhunderts« vom
8. bis 11. Juni 2005) ⇨
Kulturhistorisches Museum
Magdeburg
Otto-von-Guericke-Str. 68 -73
39104 Magdeburg
Telefon: (03 91) 53 54 80
Telefax: (03 91) 5 35 48 24
e-mail: info@magdeburg1200.de
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
ermäßigt: 4,00 Euro
**8. Mai bis
4. September 2005**
Verkehrsanhänger:
Das Kulturhistorische
Museum befindet sich unmit-
telbar im Stadtzentrum 10
Minuten vom Hauptbahnhof
Magdeburg entfernt.

• **Munster**
**Wege zur Freundschaft.
Ausgewählte Zeugnisse
der deutsch-ameri-
kanischen Beziehungen**
Panzertruppenschule
Munster
Am Park 331 ⇨



29633 Munster
Telefon: (0 51 92) 12 41 81
Montag bis Freitag
8.00 bis 16.00 Uhr
4. April bis 29. Mai 2005

• **Müllheim**

**100 Jahre Garnison
Müllheim - Von der
Erbfeindschaft zur
deutsch-französischen
Kooperation – De la
Confrontation à l'amitié
franco – allemande.**
Markgräfler Museum
Müllheim
Am Marktplatz
Wilhelmstr. 7
70370 Müllheim
Telefon: (0 76 31) 1 54 46
www.df-brigade.de
Mittwoch bis Sonntag
15.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei
**2. April bis
22. September 2005**

• **Münster**

**1945–2005 Kriegsende
und Neuanfang**
Landesmuseum für
Kunst- und Kulturge-
schichte Münster
Domplatz 10
48143 Münster
Telefon: (02 51) 59 07 01
Telefax: (02 51) 5 90 72 10
e-mail: landesmuseum@lwl.org
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 3,50 Euro
ermäßigt: 2,10 Euro
**22. April bis
11. September 2005**
Verkehrsanhänger: Vom
Hauptbahnhof ca. 15 Minuten
Fußweg oder mit den Bussen
(z.B. Linie 10,11 oder 12) bis
Haltestelle »Domplatz« ⇨

Garnison Müllheim 100 Jahre - 100 ans

„Von der Feindschaft
zur deutsch-französischen Freundschaft“
„De la confrontation à l'amitié franco-allemande“

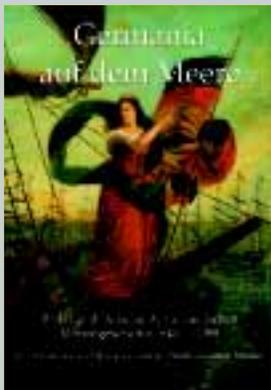
1905 2005

Sonderausstellung im Markgräfler Museum Müllheim
2. April bis 22. September 2005

Eine Kooperation der Stadt Müllheim und der Deutsch-Französischen Brigade

Am Marktplatz - Wilhelmstraße 7 - 79379 Müllheim
Telefon 07631 / 15640
Mittwoch bis Sonntag 15.00 - 18.00 Uhr

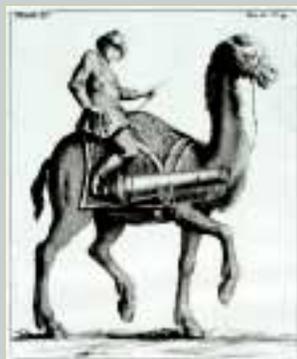
• **Osterholz-Scharmbeck**



**Germania auf dem Meere.
Deutsche Marinegeschichte**
Nachschubschule
des Heeres
Lucius D. Clay - Kaserne
Bremerhavener
Heerstraße 10
27711 Osterholz-
Scharmbeck
Telefon: (0 47 95) 94 20 26
Montag bis Freitag
8.00 bis 16.00 Uhr
11. Mai bis 8. August 2005

• **Rastatt**

**Zwischen Sonne und
Halbmond. Der Türken-
louis als Barockfürst und
Feldherr**



Wehrgeschichtliches
Museum
Schloß Rastatt
Herrenstraße 18
76437 Rastatt
Telefon: (0 72 22) 77 13 90
⇒ Telefax: (0 72 22)
77 13 97
*e-mail: [information@
wgm-rastatt.de](mailto:information@wgm-rastatt.de)* ⇒

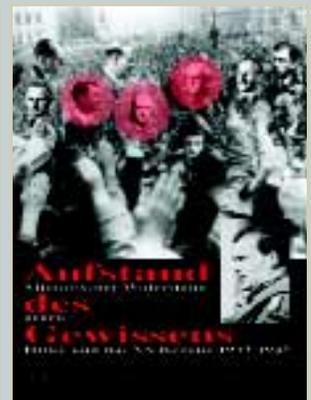


▲ Der Türkenlouis als Barockfürst und Feldherr

Dienstag bis Sonntag
9.30 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 6,00 Euro
ermäßigt: 4,00 Euro
**9. April bis
27. September 2005**

• **Sonthofen/Allgäu**

Aufstand des Gewissens
Schule für Feldjäger
und Stabsdienst der
Bundeswehr
Generaloberst Beck-Kaserne
Hofenerstr. 16
87527 Sonthofen/ Allgäu
Telefon: (0 83 21) 2 78 - 0
Montag bis Freitag ⇒



8.00 bis 15.00 Uhr
Eintritt frei
12. Juni bis 22. Juli 2005
*Verkehrsverbindungen: Keine
öffentlichen Verkehrsmittel*

Richard Göbelt

24. April 1975 RAF-Terroristen ermorden Oberstleutnant i.G. Andreas von Mirbach



picture-alliance/dpa

Kurz vor zwölf Uhr mittags stürmen sechs Terroristen der Roten Armee Fraktion (RAF) die Deutsche Botschaft in Stockholm. Sie überwältigen mit Waffengewalt das Wachpersonal und nehmen zwölf Botschaftsangehörige als Geiseln. Ihr Ziel ist die Freipressung von 26 in Deutschland inhaftierten Gesinnungsgenossen; darunter der harte Kern der Baader-Meinhof-Gruppe, deren Mitglieder für die Morde an mindestens neun Menschen verantwortlich sind. Bereits bevor diese Forderung bekannt gemacht wird, ermorden die Terroristen hinterücks den deutschen Militärattaché Oberstleutnant i.G. Andreas Baron von Mirbach.

Bundesregierung und Opposition sind sich einig, dass ein Nachgeben oder gar eine Freilassung von Verbrechern nicht in Frage kommt. Nachdem am späten Abend außerdem der Wirtschaftsattaché Dr. Heinz Hillegaard von den Terroristen erschossen wird, gibt die Bundesregierung ihre Zustimmung zu einer gewaltsamen Beendigung der Geiselnahme. Einige Minuten nach Mitternacht stürmen schwedische Polizisten das Botschaftsgebäude und befreien die noch lebenden zehn Geiseln. Zwei Terroristen sterben infolge einer selbstverursachten Explosion. Die vier anderen werden unverletzt festgenommen und später zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. Sechs Tage nach dem Attentat wird Andreas von Mirbach in Eckernförde beerdigt. Verteidigungsminister Georg Leber hält dort eine Trauerrede, die es verdient noch heute zitiert zu werden:

»Oberstleutnant Andreas Baron von Mirbach ist am 24. April 1975 in Stockholm gefallen. Er verlor sein Leben als Soldat der Bundesrepublik Deutschland. [...] Er war symbolisch für das, was sie treffen wollten: den Staat, den sie hassen, den sie erschüttern und den sie überwinden wollen. [...] Auf die Frage ›Wer ist von Mirbach?‹ sagte Andreas von Mirbach: ›Das bin ich! Seine Antwort kam ohne zu zögern. Es war nicht nur Antwort auf eine Frage: der Soldat Andreas von Mirbach stellte sich. Er muß wohl gespürt haben, daß zuerst gar nicht er als Person herausgefordert, gefordert und gemeint war, sondern herausgefordert war das, wofür er als Person gerade stand. Im Treppenhaus wurde er, der wehrlos und ohne Waffen war, von hinten ermordet – feige Tat von feigen Mördern.«

Frank Hagemann

18. Juni 1815 Die Schlacht bei Waterloo



bpk Berlin, 2004

Am 18. Juni 1815 schlugen Koalitionstruppen unter Führung des englischen Herzogs von Wellington und des preußischen Feldmarschalls Blücher ein französisches Heer südlich der belgischen Hauptstadt Brüssel bei Waterloo. Die Schlacht besiegelte nicht nur das Ende des ersten französischen Kaiserreiches, sondern auch das seines selbsternannten Kaisers Napoleons I.

Napoleon war im März von der Insel Elba nach Frankreich zurückgekehrt, hatte dort erneut das französische Volk hinter sich zu bringen vermocht, König Ludwig XVIII. vertrieben und die Streitkräfte auf seine Seite gezogen. Der sich sofort wieder formierenden antinapoleonischen Koalition wollte er durch einen Präventivschlag zuvorkommen. Napoleon beabsichtigte zunächst die Briten und Preußen zu schlagen. Sein Gegner Wellington bezog am 17. Juni Stellung zwischen Braine l'Alleud und Papelotte südlich von Waterloo. Napoleon

nahm die Schlacht an und formierte seine Infanterie in zwei Treffen, dahinter seine Kavallerie. Insgesamt standen 72 000 Franzosen gegen 67 600 Briten, Niederländer und Deutsche. Napoleon ließ seine Truppen frontal angreifen, mit Schwerpunkt auf den linken Flügel des Gegners. Weder das massive Feuer seiner überlegenen Artillerie noch zwei Kavallerieangriffe erzielten den gewünschten Durchbruch. Der stoische Wellington, der sich Ruhm in Indien und Spanien erworben hatte, hielt aus, obwohl er mehr als die Hälfte seiner Streitmacht verlor. Er und auch Napoleon wussten vor Schlachtbeginn vom unmittelbar bevorstehenden Eintreffen preußischer Truppen. Bereits zwei Stunden nach Beginn der Kämpfe erschien das Korps Bülow in Napoleons rechter Flanke. Ab 16.30 Uhr begann der preußische Angriff mit etwa 45 000 Mann, der den Zusammenbruch der französischen Kräfte herbeiführte. Sie flohen vom Schlachtfeld, auf dem mehr als 50 000 Gefallene blieben. Wenige Tage später ergab sich Napoleon den Alliierten und wurde endgültig auf die unwirtliche Insel St. Helena verbannt.

Martin Meier

Heft 3/2005

Militärsgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Vorschau

Wer kennt sie nicht, die aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze der Kriegstheoretiker? Krieg sei die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln wird Clausewitz zitiert. »Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen«, ist von Sun Zi überliefert. Was wissen wir – Hand aufs Herz – darüber hinaus über strategisches Denken und dessen Wandel in der Geschichte? Die Militärgeschichte beginnt im nächsten Heft eine Folge von Beiträgen über die Strategie in der Geschichte. Im antiken Athen stellte jede Ver-



bpk/Antikensammlung; Foto: Jürgen Liepe

◀ Kopf des Perikles (um 495–430 v. Chr.) mit korinthischem Helm, römische Kopie der Kaiserzeit. Perikles gilt als Prototyp des Feldherren des politischen und militärischen Handelns in seiner Strategie vereint.

waltungseinheit (*Phyle*) etwa 1000 schwerbewaffnete Kämpfer (*Hopliten*). An deren Spitze stand jeweils der Strategos. Aus den altgriechischen Begriffen *Stratos* (Heer) und *agein* (führen) zusammengesetzt, bedeutete Strategie also Heerführer und bezeichnete einen jährlich gewählten Militärbeamten. Carl von Clausewitz (1780–1831) grenzte die Strategie von der Taktik ab: »Die Taktik ist die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges«. Und schließlich war es 1879 kein geringerer als der »Vater der modernen Militärgeschichte«, Hans Delbrück (1848–1929), der mit seinen Thesen den »Strategiestreit« auslöste. »Niederwerfungsstrategie« oder »Ermattungsstrategie« im Zeitalter Friedrichs des Großen lautete neben dem Konflikt zwischen militärischer und ziviler Geschichtsschreibung die Frage, welche sich von den gegensätzlichen Konzepten der Generale Erich von Falkenhayn (1861–1922) und Erich Ludendorff (1865–1937) im Ersten Weltkrieg bis zu den NATO-Strategien der Massive Retaliation und Flexible Response durchziehen scheint.

aak

Oberleutnant Ludger Hölker – ein Flugunfall.



Am Vormittag des 15. September 1964 startete vom Militärflugplatz Lechfeld ein doppel-sitziges Flugzeug vom Typ Lockheed T-33 A »T-Bird« zu einem Trainingsflug. Der 42-jährige Major Walter Sütterlin saß im hinteren Cockpit und hatte die »Gardinen« zugezogen. Als Stabs-pilot nahm er nur sporadisch am Flug-betrieb teil und sollte in diesem Flug das Fliegen nach Instrumenten üben. Auf dem vorderen Sitz nahm Ober-leutnant Ludger Hölker als verant-wortlicher Luftfahrzeugführer Platz. Der Hauptteil des Fluges verlief ohne Probleme. Nach rund einer Stunde Flugzeit beabsichtigte Sütterlin einen Radaranflug auf den Heimatflugplatz Lechfeld durchzuführen. Zu Beginn dieses Verfahrens stellte die Besat-zung in rund 1000 Meter Höhe einen Leistungsverlust des Triebwerks fest. Hölker übernahm daraufhin die Steu-erführung des Flugzeugs von Sütterlin und versuchte eine höhere Triebwerks-leistung zu erreichen. Das gelang ihm, allerdings nur kurzzeitig. Die Maschine befand sich jetzt mit geringer Schub-kraft im stetigen Sinkflug. Sütterlin sagte zum steuerführenden Piloten im vorderen Cockpit: »Wir müssen aus-steigen!« Hölker entgegnete: »Noh nicht! Erst müssen wir über die Häuser weg!« So flogen sie über das Betriebs-gelände der Farbwerke Hoechst AG in Bobingen mit mehreren tausend Arbeitern hinweg und erreichten den nordöstlichen Ortsrand der Gemeinde Straßberg. Der Pilot im hinteren Cock-pit betätigte nun den Schleudersitz als erster, gefolgt von Hölker. Wäh-rend Sütterlin am Fallschirm hängend durch die Baumkronen fiel und ver-

letzt wurde, schlug Hölker mit voller Wucht gegen einen Baum und wurde dabei in der Bauchregion schwer ver-letzt. Beide Offiziere wurden ins Kran-kenhaus nach Schwabmünchen einge-liefert, wo Ludger Hölker rund drei Stunden nach dem Flugunfall gegen 14.00 Uhr seinen Verletzungen erlag.

Zwei Tage später veranstaltete das Jagdbombergeschwader 32 eine Trau-erfeier zu Ehren seines verstorbenen Piloten. Einige Wochen nach dem Flug-unfall beschloss der Gemeinderat von Straßberg einstimmig, eine Straße nach Oberleutnant Hölker zu benennen. Der damalige bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel verlieh ihm postum die Rettungsmedaille am Band.

Am 22. April 1965 veröffentlichte der Inspizient Flugsicherheit den Untersuchungsbericht. Darin wurde festgestellt, dass Oberleutnant Hölker nach dem Schubverlust im Triebwerk bewusst lange im Flugzeug geblieben war, um einen Absturz auf besiedeltes Gelände zu vermeiden. Als Unfallur-sache legte er »Unbestimmt« fest – ein Leistungsverlust des Triebwerks aus ungeklärter Ursache.

Am 18. Oktober 1977 wurde durch den Inspekteur der Luftwaffe das neue Auditorium Maximum der Offizier-schule der Luftwaffe in Fürstenfeld-bruck mit folgender Begründung in »Ludger-Hölker-Saal« getauft:

»Wir wissen mit an Sicherheit gren-zender Wahrscheinlichkeit, dass auch andere so wie Ludger Hölker in ähnli-cher Lage gehandelt haben. Aber nur in seltenen Fällen wird überliefert, was den verantwortlichen Flugzeugführer in den Sekunden vor dem Absturz bewegt. So soll der Name Ludger Hölker zugleich für die anderen und alle Toten der Luftwaffe stehen, die seit Beginn der Luftwaffe unserer Bun-desrepublik Deutschland ihr Leben in Erfüllung ihrer Pflicht verloren.«

Im September 1984 ehrte auch das Jagdbombergeschwader 32 Hölker mit einer Straßenbenennung. Seine Hei-matstadt Billerbeck folgte 20 Jahre später diesem Beispiel und beschloss im Jahr 2004 eine Straße in einem Neu-baugebiet nach ihm zu benennen. Seit dem selben Jahr erinnert auch an der Absturzstelle ein Gedenkstein an die



▲ Das erste Jeffflugzeug der Luftwaffe Lockheed T-33 A »T-Bird« in der Bemalung der WaSlw 50 in Fürstenfeldbruck

Foto: Bundeswehr

Tat von Oberleutnant Hölker. Auf der Tafel steht:

»Er opferte sein Leben für die Bewoh-ner von Straßberg und verunglückte mit seinem Flugzeug an dieser Stelle.«

Harald Meyer

Ludger »Lutz« Hölker 1934–1964

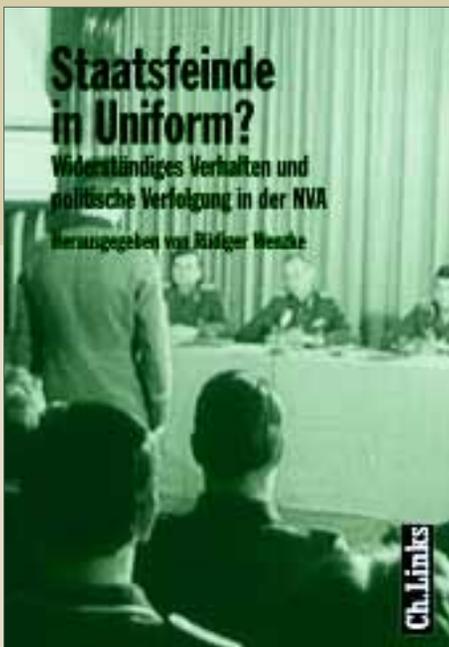
Geboren wurde Ludger Hölker am 26. April 1934 in Billerbeck (Kreis Coesfeld). Als Flieger OA (Offizieranwärter) trat er am 16. April 1958 in die Bundeswehr ein. Am 1. Oktober 1959 wurde er zum Leutnant befördert. Die Ausbildung zum Strahlflugzeugführer absolvierte er von Januar 1960 bis Juli 1961 auf der Lackland Air Force Base in Texas/USA (Klasse 61-G-1). In der ersten Staffel des Jagdbombergeschwa-ders 32 in Lechfeld wurde er als Ein-satzpilot auf dem einsitzigen Kampf-flugzeug vom Typ Republic F-84 F »Thunderstreak« eingesetzt. Zusätzlich flog er noch das Trainingsflugzeug T-33 A. Auf diesem Muster besaß er auf-grund seiner guten fliegerischen Fähig-keiten zusätzlich eine Berechtigung zur Überprüfung von Luftfahrzeugführern. Obwohl er als Pilot der Luftwaffe zwei Flugzeugmuster flog und dienst-lich ausgelastet war, besuchte er neben-her Abendkurse, um das Abitur nach-zuholen. Dazu kam es durch seinen tödlichen Absturz nicht mehr. Auch seine junge Ehe fand schon nach 35 Tagen durch den Flugunfall ein tragi-sches Ende.



Foto: Stadt Bobingen/E. Hölker



... und wir hörten auf Mensch zu sein: Der Weg nach Auschwitz. Mit über 170 bisher meist unveröffentlichten Bilddokumenten aus der Sammlung Wolfgang Haney. Mit einem Geleitwort von Roman Herzog. Im Auftrag des Bundesarchivs hrsg. von Manfred Mayer in Verbindung mit dem Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt und »Gegen Vergessen - für Demokratie e.V.«, Paderborn: Schöningh 2005, 268 S., 24,90 Euro, ISBN: 3-506-72886-5



Staatsfeinde in Uniform? Widerständiges Verhalten und politische Verfolgung in der NVA. Mit Beiträgen von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Rüdiger Wenzke, Berlin: Ch. Links Verlag 2005, XIV, 642 S. (= Militärgeschichte der DDR, 9), 29,90 Euro, ISBN: 3-86153-361-8

Andreas Kunz,
Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945, München: Oldenbourg 2005, XI, 390 S. (= Beiträge zur Militärgeschichte, 64), 34,80 Euro, ISBN: 3-486-57673-9



Frank Umbach,
Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991, Berlin: Ch. Links 2005, XIX, 703 (= Militärgeschichte der DDR, 10), 34,90 Euro, ISBN: 3-86153-362-6